Rats-Protokoll

über die

ordentliche Sitzung des Gemeinderates der k. k. l. f. Stadt Steyr

am Dienstag den 18. Juni 1918 um 3 Uhr nachmittags.

Tages-Ordnung:

Mitteilungen.

I. Sektion. (Sektionssitzung am Montag den 17. Juni um 3 Uhr nachmittags.)

1. (Vertraulich.) Amtsangelegenheiten.
2. (Vertraulich.) Ansuchen um Bürgerrechtsverleihung.
3. (Vertraulich.) Ansuchen um Aufnahme in den Gemeindeverband.
4. Aenderungsvorschläge für die Hausordnung des neuen Krankenhauses.
5. Erhöhung des Fiakertarifes auf Kriegsdauer.
6. Abänderung der Satzungen für das h. o. Arbeitsvermittlungsamt.
7. Ansuchen um Erhöhung der Impfgebühren für die öffentlichen Impfungen.
8. Bericht des städt. Wirtschaftsrates über Versorgungsfragen.

II. Sektion. (Sektionssitzung am Samstag den 15. Juni um 3 Uhr nachmittags.)

9. Stadtkasse-Tagebuchabschluß pro April 1918.
10. Ausweis über die am Frühjahrsmarkt 1918 eingehobenen Platzgebühren.
11. Verwendung der Sparkassejubiläumsspenden.
12. Unterstützungsansuchen.

III. Sektion. (Sektionssitzung am Montag den 17. Juni um 4 Uhr nachmittags.)

13. Ansuchen um käufliche Ueberlassung von öffentlichem Grund in der Zieglergasse.
14. Ansuchen um Verpachtung von städtischem Grund.
15. Ansuchen um Theaterüberlassung.
16. Kostenvoranschlag für die Auswechslung der schadhaften Eindeckung des Materialschupfens am städt. Zimmerplatz.

IV. Sektion. (Sektionssitzung am Samstag den 15. Juni um ¼4 Uhr nachmittags.)

17. Ansuchen einer mobilisierten Lehrperson um Quartiergeldzuerkennung.
18. Vergebung der Jahreszinsen aus der Emil Gschaider-Stiftung.

Gegenwärtig:

Vorsitzender: Herr Bürgermeister Julius Gschaider.

Vorsitzender-Stellvertreter: Herr Vizebürgermeister Ferd. Gründler.

Die Herren Gemeinderäte: Franz Aigner, Heinrich Amerstorfer, Heinrich Bachmayr, Wilhelm Denkmayr, Otto Dunkl, Prof. Leopold Erb, Leopold Haller, Dr. Karl Harant, Ing. Josef Huber, Franz Kattner, August Mitter, Viktor Ortler, Franz Schwertfelner, Franz Tribrunner, Karl Wöhrer und Josef Wokral.

Seitens des Stadtamtes: Herr Stadtamtsrat Dr. Fr. Habl.

Als Schriftführer fungiert der städt. Protokollführer Karl Ridler.

Entschuldigt abwesend sind die Herren Gemeinderäte: Ludwig Binderberger und Franz Kirchberger wegen Erkrankung und Gottlieb Dantlgraber und Josef Haidenthaller wegen beruflicher Verhinderung.

Zur militärischen Dienstleistung eingerückt sind: Herr Vizebürgermeister Paul Fendt und die Herren Gemeinderäte: Anton Kurz, Josef Langoth und Anton Sighart.

Der Herr Vorsitzende begrüßt die erschienenen Herren Gemeinderäte, stellt die Beschlußfähigkeit des Gemeinderates fest und erklärt um 3 Uhr nachmittags die Sitzung für eröffnet.

Zu Verifikatoren dieses Protokolles werden die Herren Gemeinderäte Viktor Ortler und Franz Schwertfelner gewählt.

Herr Bürgermeister: Sehr geehrte Herren! Bekanntlich hat Herr Gemeinderat k. k. Prof. Erb auf Grund des in der Gemeinderatssitzung vom 22. März 1918 gefaßten Beschlusses eine dringende Vorstellung im Kriegsministerium sowie an anderen Stellen dagegen erhoben, daß in der Jägerkaserne eine Tuberkuloseheilstätte für Militärpersonen errichtet werde. Nunmehr ist seitens des k. k. Kriegsministeriums folgende Zuschrift an die Stadtgemeinde-Vorstehung eingelangt:

K. u. k. Kriegsministerium.
Abt. 14, Nr. 15.846.

Errichtung einer Lungenheilstätte im Ref.-Spital Steyr.

An die Stadtgemeinde-Vorstehung in Steyr.

Wien, am 10. Juni 1918.

Mit Beziehung auf die geschätzte Zuschrift vom 8. April l. J., Z. 11.655, betreffend die Errichtung einer Lungenheilstätte in Steyr, beehrt sich das k. u. k. Kriegsministerium auf Grund eingehender Erhebungen folgendes mitzuteilen:

Die Verlegung der in einigen Baracken des Kriegsgefangenenlagers Freistadt untergebrachten tuberkulösen Militärpersonen in das Reservespital Steyr wurde vom k. u. k. Kriegsministerium am 31. Jänner l. J. angeordnet und dieses Spital angewiesen, die nötigen Vorbereitungen zur Aufnahme der Lungenkranken zu treffen.

Es handelt sich also im vorliegenden Falle nicht um die Neuerrichtung einer Lungenheilstätte in Steyr, sondern nur um eine andere Verwendung des bestehenden Reservespitales, in welchem auch vorher neben schwer infektionskranken Soldaten ohne jedweden Einwand der Stadtgemeinde Lungenkranke vereinzelt aufgenommen worden waren.

Es soll nicht in Abrede gestellt werden, daß das Reservespital in einzelnen Punkten nicht vollkommen Lungenheilstätten-(Sanatoriums-)Charakter besitzt, doch bei den heutigen bestehenden Verhältnissen muß mit allen vorhandenen spitalsmäßigen Unterkünften gerechnet und immer wieder berücksichtigt werden, daß es sich um ein Provisorium für Kriegsdauer und nicht um die Neuerrichtung eines Lungensanatoriums handelt. Jedenfalls sind die Bedingungen für Behandlung und Unterbringung lungenkranker Soldaten, namentlich aus Oberösterreich, hier weitaus günstiger als in den Baracken in Freistadt.

Das Reservespital Steyr bietet den lungenkranken Soldaten, nebst sachgemäßer spezialärztlicher Behandlung eine anerkannt vorzügliche und reichliche Verpflegung, sowie eine zweckmäßige Unterkunft. Diese drei Momente im Verein mit der günstigen Lage sind es, die heutzutage als oberste Forderung für eine Lungenheilstätte für kranke Soldaten aufgestellt werden müssen. Demgegenüber spielen das etwas rauhe subalpine Klima und die tatsächlich nur selten auftretenden Morgennebel des Enns-flusses eine ganz untergeordnete Rolle.

Das Reservespital liegt vollständig außerhalb des Stadtbereiches, ist von der Enns durch den Exerzierplatz der Garnison, sowie die Schlüsselhofgründe und den Trabrennplatz getrennt. Die neue Waffenfabrik liegt auf einer Anhöhe weit über dem anderen Ennsufer und kommt durch ihre natürliche Lage für irgend einen Zusammenhang mit der Lungenheilstätte gar nicht in Betracht. Das Reservespital selbst ist derart gelegen, daß alle Krankenräume desselben staubfreie Luft, sowie reichlich Licht und Sonne erhalten. In nächster Nähe des Spitales befinden sich kleine Waldparzellen, welche auf gut erhaltenen Wegen erreichbar sind.

Die Behandlung der Kranken erfolgt nach den modernsten Grundsätzen. Spezifische Behandlung mit Tuberkulomucin, mit Partialantigenen nach Deyke-Much und künstlicher Höhensonne u. s. w. haben bereits sehr erfreuliche Resultate gezeitigt.

Die Anschauung, daß eine Lungenheilstätte in Steyr den kranken Kriegern keine Möglichkeit auf Heilung oder Besserung biete, beruht also offenkundig nur auf Verkennung der Sachlage.

Die ausgesprochenen Befürchtungen, daß durch die Lungenheilstätte die Bewohner der Stadt und die Arbeiterschaft der Waffenfabrik gesundheitlich gefährdet werden, ist wohl nur einer unbegründeten Bazillenfurcht entsprungen. Es ist vollständig ausgeschlossen, daß jemals irgend eine Gefährdung Steyrs in diesem Belange eintritt. Die wenigen täglich ankommenden Kranken berühren auf ihrem Wege vom Bahnhof in das Spital die innere Stadt, Steyrdorf und die westlich gelegenen Bezirke überhaupt nicht, da das Reservespital am entgegengesetzten Stadtende liegt. Den im Spitale befindlichen Kranken ist vom ersten Tage der Verlegung der Heilstätte nach Steyr angefangen, das Betreten der Stadt mit Spitalskommandobefehl ausnahmslos verboten. Die Kranken werden je nach ihrem Krankheitszustande unter Führung verläßlicher Chargen in der Zeit zwischen 1—4 Uhr nachmittags in die erwähnten Wäldchen in der Umgebung des Spitales spazieren geführt. Beim Spaziergange hat jeder Mann mit nachgewiesener Tuberkulose sein Spuckgläschen bei sich.

Gegenwärtig sind im Reservespital in 27 Krankenzimmern 197 Lungenkranke untergebracht. Hievon sind 96 Fälle mit offener und 66 Fälle mit geschlossener Tuberkulose behaftet. Der Rest sind einfache Katarrhe nicht tuberkulöser Art.

Das k. u. k. Kriegsministerium vermag daher mit Rücksicht auf die dargelegten Gründe und den dringlichen Bedarf nach Unterkünften für tuberkulöse Militärpersonen von der verfügten Verwendung des Reservespitales in Steyr nicht Abstand zu nehmen und ersucht die geschätzte Stadtgemeinde-Vorstehung, dieses gefälligst zur Kenntnis nehmen zu wollen.

Stöger-Steiner, GObst.

Ich bitte, diese Erledigung zur Kenntnis nehmen zu wollen.

Sodann beehre ich mich mitzuteilen, daß ich am vorigen Sonntag in Vertretung der Stadtgemeinde Steyr an dem großen Wiener Volkstag teilnahm, der einen Massenbesuch aufwies und ungemein eindrucksvoll und würdig verlief.

Bezüglich städtischer Fragen beehre ich mich folgende Mitteilungen zu machen:

Die Fleischversorgung ließ in der letzten Zeit sehr viel zu wünschen übrig, da durch Minderanlieferung an Stückzahl und insbesondere durch Anlieferung von sehr untergewichtigem Vieh niemals der vorgeschriebene Bedarf erreicht werden konnte. Es ist daher im Verlaufe der letzten zwei Wochen die Erscheinung aufgetreten, daß an Dienstagen kein Fleisch ausgegeben werden konnte. Ich werde selbstverständlich die Bemühungen zur Besserung der Fleischversorgung fortsetzen.

Sehr unangenehm wirkte die in voriger Woche erfolgte Verfügung der Brotkürzung. Ich habe mich im Verein mit dem Magistrate Linz schärfstens gegen diese Kürzung verwahrt, doch war ich infolge neuerlichen Statthalterei-Erlasses gezwungen, gestern mit der Durchführung dieser Kürzung vorzugehen.

Dagegen konnte die Stadtgemeinde nochmals eine bescheidene Menge von Kartoffeln als Zubuße verabfolgen.

Die Zahl der eingelegten Eier ist auf 346.220 Stück gestiegen und wird die Stadtgemeinde durch diese Menge in die Lage versetzt werden, im Winter alle 14 Tage ein Ei für jede Person abzugeben.

Um die städtische Einlagerung zu entlasten, werden nun an jene Haushalte, die seinerzeit angaben, selbst Eier einlagern zu wollen, 15 Stück für den Kopf verabfolgt, was der oben angegebenen Kopfmenge entspricht.

Nach längerer Pause ist es wieder gelungen Seefische zu erhalten.

Da betreffend Marmeladeversorgung Klage über deren schlechte Güte einliefen, wandte ich mich an das Ministerium für Volksernährung mit der Bitte, der Stadtgemeinde unmittelbar Marmelade besserer Sorte zuzuweisen. Das Volksernährungsamt ging auf diese Forderung nicht ein, wies jedoch das Ernährungsamt der Statthalterei an, beste Marmelade in entsprechender Menge der Stadt zuzuweisen.

Um Schädigungen der Feldfrüchte tunlichst zu vermeiden, trat ich an das k. u. k. Stationskommando Steyr mit dem Ersuchen heran, wie im Vorjahre Flurwächter zu bestellen.

Wie mir dieses Kommando mitteilte, wurde die Aufstellung seitens des k. k. Militärkommandos Innsbruck genehmigt, so daß heuer die Aufstellung dieser Flurwächter, die sich im Vorjahre recht gut bewährt hatte, schon um 5 Monate früher erfolgt, als im Jahre 1917, was im Interesse des Schutzes der Felder vor Diebstählen sehr zu begrüßen ist.

Zufolge einer Eingabe, die ich an die k. k. Statthalterei in Linz richtete, wurde die Einkommensgrenze der mit Gutscheinen für Minderbemittelte Beteilten von 3200 K auf 4000 K, jene der mit Gutscheinen für Mindestbemittelte Beteilten von 1600 K auf 2000 K erhöht, wodurch eine bedeutende Anzahl von Familien in den Genuß dieser staatlichen Unterstützung kommt.

Vor kurzer Zeit lag ein Anbot auf eine bedeutende Holzmenge vor. Die mit der betreffenden Firma gepflogenen Verhandlungen ergaben jedoch, daß der verlangte Preis ein unannehmbar hoher war, so daß leider diese Gelegenheit unsere Holzversorgung wesentlich zu bessern, unausgenützt bleiben mußte.

Da kein Auftreten der Wutkrankheit bei Hunden mehr bemerkbar war, war ich in der Lage, mit der Aufhebung des Leinenzwanges vorzugehen.

Die in der Raminggasse durch Verschüttung eines Teiles derselben nutzlos gewordenen Gehsteigrandsteine wurden herausgenommen und zu anderen Gesteiganlagen benützt. Es wurden damit Gehsteige in der Kompaßgasse und in der Eisenstraße geschaffen und kommt auch ein Gehsteig in der äußeren Sierningerstraße zur Ausführung.

Die starke Inanspruchnahme unserer Straßen durch die Fuhrwerke, insbesondere durch die schweren Lastenautos, hat bedeutende Schäden in der Straßen- und Brückenpflasterung gezeitigt. Es wird in absehbarer Zeit notwendig sein, mit größeren Umpflasterungen vorzugehen und insbesondere werden wir gezwungen sein, Pflaster- und Betonunterbau der Steyrbrücke gänzlich auszuwechseln. Durch die sehr erhöhten Kriegspreise werden diese Arbeiten wohl sehr hoch zu stehen kommen, sind aber leider unerläßlich geworden. Die III. Sektion wird in einer der nächsten Gemeinderats-Sitzungen dem Gemeinderate entsprechende Kostenvoranschläge vorlegen.

Die Suche nach Quellen, welche zur Errichtung der Wasserleitung dienen sollen, wurden eifrigst fortgesetzt, haben aber noch zu keinem endgiltigen Ergebnisse geführt.

Das starke Anwachsen der Bevölkerung von Ennsdorf, insbesondere die Errichtung so vieler Neubauten auf der Ennsleite, hat auch eine große Vermehrung der Schülerzahl bedingt, so daß die für diesen Teil in Betracht kommenden Schulen, die Bergschule und die Steyrdorfschule die zu erwartende Schülerzahl nicht fassen können.

Ich bin deshalb mit der Militärbauleitung in Verbindung getreten mit dem Vorschlage, eines der neu erbauten Häuser auf der Ennsleiten zu Schulzwecken herzurichten. Die Militärbauleitung ist entgegenkommender Weise bereit, auf diesen Vorschlag einzugehen und wird dem Gemeinderate nach Abschluß der bezüglichen Verhandlungen eingehend Bericht erstattet werden. Bei Durchführung dieser Anregung würde eine vorläufige glückliche Lösung der Schulfrage in Ennsdorf bis zur Erbauung einer endgiltigen Schule erreicht werden.

Das k. k. Eisenbahn-Ministerium hat grundsätzlich den Umbau unseres längst nicht mehr zeitgemäßen Bahnhofes beschlossen und die k. k. Staatsbahn-Direktion Linz mit der Ausarbeitung eines diesbezüglichen Projektes betraut. Da es bisher nicht möglich war, Einsicht in dieses Projekt zu erhalten, diese aber im Interesse rechtzeitiger Vorstellungsmöglichkeiten empfehlenswert wäre, ersuchte ich Herrn Reichsratsabgeordneten k. k. Professor Erb, diesbezüglich beim Eisenbahn-Ministerium vorstellig zu werden.

Die Antwort des Eisenbahn-Ministeriums lautete dahin, daß vor Fertigstellung des Projektes der Stadtgemeinde Einsicht in dasselbe gewährt werde, um etwaige Wünsche rechtzeitig äußern zu können.

Ich gestatte mir, Herrn Reichsratsabgeordneten k. k. Prof. Erb für dessen erfolgreiches Einschreiten den besten Dank auszusprechen.

Seit Längerem besteht schon der Plan, dem Stadtplatze eine bessere Beleuchtung zu geben. Doch scheiterte dies stets an der Unmöglichkeit, entsprechende Masten zu beschaffen. Nun wird es aber möglich sein, solche zu beziehen und dürfte die Errichtung dieser Beleuchtung, die mit 5 Glühlampen zu je 1000 Kerzen geplant ist, nach Fertigstellung des Netzumbaues möglich sein; ebenso werden voraussichtlich je eine derartige Lampe am Pfarrplatze und am Wieserfeldplatze zur Aufstellung kommen.

Nach Mitteilung der Sparkassa Steyr hat die Regierung die in der Jubiläums-Sitzung vom 17. August 1917 beschlossenen Widmungen genehmigt. Es entfallen hierauf

für die Armen der Stadtgemeinde Steyr . . . K 2.040.86,
für die Humanitätsanstalten des Stadtbezirkes . K 4.081.72,
und für den Bau der Infektionsabteilung des allgemeinen Krankenhauses . . . . . K 10.000.—.

Ferner beschloß der Sparkassa-Ausschuß in der Sitzung vom 23. Mai 1918 für die in Not geratenen Hinterbliebenen nach Gefallenen, Vermißten und Verwundeten der Stadt Steyr K 1000.— und für den Steyrer Invalidenfond K 500.— zu widmen.

Ich gestatte mir, der verehrlichen Sparkassa Steyr für diese ansehnlichen Widmungen den ergebensten Dank zum Ausdrucke zu bringen.

Seitens des Herrn G.-R. k. k. Prof. Erb ist mir folgender Dringlichkeitsantrag zugekommen:

Dringlichkeitsantrag

des Herrn Gemeinderates k. k. Professor Leopold Erb.

Die immer heftiger werdenden Angriffe der staatsfeindlichen Völkerschaften auf das deutsche Volk in Oesterreich und auf das gesamte Deutschtum haben jedes Maß, jedes Ziel überschritten.

Die dadurch hervorgerufene Bedrängnis und Not des deutschen Volkes hat zu einer ganzen Reihe von durchwegs prächtig verlaufenen Volkstagen in allen deutschen Gebieten

Oesterreichs geführt. Der größte dieser Volkstage wurde am Sonntag den 16. Juni im Rathause in Wien unter massenhafter Beteiligung der deutschbewußten Kreise des Reiches abgehalten. Bei dieser Tagung wurde folgende Entschließung gefaßt:

„Die zum Volkstag in Wien am 16. Juni 1918 versammelten deutschen Männer und Frauen aus allen Teilen Oesterreichs entbieten den heldenmütigen Kämpfern für Volk und Vaterland Gruß und Dank. Das deutsche Volk in Oesterreich erwartet zuversichtlich, daß dank der ruhmreichen Waffenerfolge der Armeen des Vierbundes der Krieg siegreich beendet werde. Im festen Vertrauen auf sie erhofft es einen baldigen ehrenvollen Frieden, wert der unermeßlichen Opfer an Gut und Blut, die es gebracht hat, einen Frieden, der die Bahn für eine ungehemmte kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung des gesamten deutschen Volkes frei macht und es zu neuer Blüte und Größe führt.

Das deutsche Volk in Oesterreich entbietet seinen Gruß den Brüdern im verbündeten Deutschen Reiche. In unerschütterlicher Treue hält es an dem so herrlich bewährten Bündnisse fest und fordert den engsten politischen, militärischen und wirtschaftlichen Ausbau dieses Bündnisses, in dem es die sicherste Bürgschaft für eine lange Dauer des kommenden Friedens erblickt. Durch die Bündnispolitik muß die auswärtige Politik der österreichisch-ungarischen Monarchie richtunggebend bestimmt werden. Einer solchen äußeren Politik darf auch die innere nicht widersprechen. Den Feinden des Bündnisses im Staate muß der Boden entzogen werden, auf dem sie ihre gefährliche Wühlarbeit betreiben.

Einmütig weist der Deutsche Volkstag die von den Tschechen und Südslaven in den Erklärungen vom 30. Mai 1917 im Abgeordnetenhause zum Ausdruck gebrachten Bestrebungen, den tschecho-slovakischen und den jugo-slavischen Staat aufzurichten, zurück. Der Deutsche Volkstag fordert, daß die Sonderstellung Galiziens bei gleichzeitiger Angliederung von Biala mit den deutschen Nachbargemeinden an Schlesien und bei ausreichendem Schutze der deutschen Siedelungen in Galizien durchgeführt wird. Die deutsche Sprache muß als Staatssprache für ganz Oesterreich festgelegt werden. Den Forderungen der Deutschen in den Sudetenländern, insbesondere in Böhmen, muß ehestens voll entsprochen werden. Im Süden Oesterreichs muß der Weg zur Adria für das Deutschtum freigehalten und der Anschluß der Slovenen an einen südslavischen Staat damit endgültig verhindert werden. Tirol muß ungeteilt erhalten bleiben, Triest mit der österreichischen Seeschiffahrt und Südtirol dürfen nie wieder der italienischen Irredenta ausgeliefert werden.

Der Deutsche Volkstag in Wien fordert für die reindeutschen Kronländer die sofortige Gesetzwerdung der Lex Kolisko, verlangt unbedingten Schutz für die deutschen Minderheiten im nichtdeutschen Sprachgebiete und verwahrt sich gegen jede weitere Verzichtpolitik, die nur die Feinde des Staates und Gegner seiner Bündnispolitik stärken würde.

In vollster Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der deutschen Kronlandsvolkstage ist auch der Wiener Volkstag fest entschlossen, in Hinkunft die völkischen Belange allen anderen voranzustellen und jede Regierung zu bekämpfen, welche die deutschen Forderungen nicht zu erfüllen gewillt und bestrebt ist.

In wirtschaftlicher Hinsicht verlangt der Deutsche Volkstag die tatkräftige und zweckmäßige Hebung und Förderung der landwirtschaftlichen Gütererzeugung sowie die gleichmäßige Aufbringung und die gerechte Verteilung der Lebensmittel und sonstigen notwendigen Bedarfsgegenstände. Zum Schutze der Verbraucher gegen jede Ausbeutung und Bewucherung sowie zur Unterdrückung des Schleichhandels sind wirksame Maßnahmen zu treffen. Der Deutsche Volkstag wendet sich insbesondere gegen die herrschende Mißwirtschaft in den Zentralen, in welchen sich der Einfluß der zahlreichen, vom Waffendienste enthobenen Juden ungebührlich breit macht. Der Deutsche Volkstag verlangt, daß zwischen den staatlichen Behörden und den Selbstverwaltungskörpern das unbedingt notwendige Einvernehmen hergestellt und die gesamte Ernährungswirtschaft unter eine wirksame Kontrolle der Oeffentlichkeit gestellt werde. Durch eine zweckdienliche, sparsame Wirtschaft, insbesondere von seiten der Heeresverwaltung, muß der Bevölkerung das Durchhalten erleichtert und erträglich gemacht werden. Der Deutsche Volkstag erwartet, daß auch im Ernährungswesen eine Einheitsfront der verbündeten Mittelmächte geschaffen werde.

Der Deutsche Volkstag in Wien begrüßt den Zusammenschluß der deutschen Volksgenossen ohne Unterschied der Partei zur gemeinsamen und wirkungsvollen Vertretung der nationalen Belange des deutschen Volkes in Oesterreich und fordert, daß die in den deutschen Volkstagen zum Ausdruck gebrachte Volkspolitik von den deutschen Abgeordneten ebenso einmütig und entschieden im Abgeordnetenhause zur Geltung gebracht werde."

Die Gefertigten stellen als treu deutsche Söhne ihres Volkes folgenden Dringlichkeitsantrag:

Der Gemeinderat der l. f. Stadt Steyr begrüßt die bei den in den verschiedenen Kronländern und am 16. Juni 1918 in der Reichshauptstadt abgehaltenen Volkstagen geschlossene Einigkeit aller deutschbewußten Oesterreicher und die Bestrebungen, die Forderungen des deutschen Volkes kräftigst durchzusetzen. Er schließt sich vollinhaltlich der in Wien von Tausenden Deutschen einstimmig gefaßten Entschließung an und fordert die Bevölkerung Steyrs auf, eifrigst im Sinne dieser Beschlüsse zu wirken.

Gleichzeitig stimmt der Gemeinderat der Veranstaltung eines deutschen Volkstages in Linz zu und erwartet von der deutschen Bevölkerung Steyrs eine rege Beteiligung an dieser deutschen Tagung.

Steyr, 18. Juni 1918.

L. Erb.
V. Ortler.
Gschaider.
Amerstorfer.
Kattner.
Ing. Josef Hubert.
Aug. Mitter.
Otto Dunkl.
Leopold Haller.
Aigner.
Bachmayr.
Tribrunner.
Karl Wöhrer.
Fr. Schwertfelner.
Dr. Harant.
F. Gründler.

Der Antrag ist von einer ganzen Reihe von Gemeinderäten gefertigt, sohin genügend unterstützt und bitte Herrn Gemeinderat k. k. Prof. Erb zur Dringlichkeit des Antrages das Wort zu ergreifen.

Herr G.-R. k. k. Prof. Erb: Die Dringlichkeit ergibt sich von selbst, nachdem erst in mehreren Wochen wiederum eine Gemeinderatssitzung stattfinden dürfte und der Antrag während dieser Zeit seine Wirkung und den Zweck verlieren würde. Außerdem gebietet es die gefährdete Lage des deutschen Volkes in Oesterreich, daß so rasch als möglich in allen deutschen Städten, Märkten und den übrigen Gemeinden zu diesen trostlosen Verhältnissen in nationaler, wirtschaftlicher und politischer Beziehung Stellung genommen werde.

Herr Bürgermeister: Wird zur Dringlichkeit des Antrages das Wort gewünscht? Es ist nicht der Fall. Die Dringlichkeit des Antrages erscheint somit angenommen.

Ersuche Herrn G.-R. k. k. Prof. Erb zum Antrage selbst das Wort zu nehmen.

Herr G.-R. k. k. Prof. Erb: Dem Antrage selbst habe ich wenig beizufügen, ergibt sich doch aus dem Wortlaute der Entschließung, die auf dem großen Volkstage in Wien gefaßt wurde, alles von selbst; die Entschließung sagt deutlich, was die Deutschen Oesterreichs wollen. Ich glaube, es wird unter den Deutschen Oesterreichs ohne Unterschied der Parteirichtung niemanden geben, der sich nicht dieser sachlichen, maßvollen, politisch völkisch und wirtschaftlichen Stellungnahme anschließen würde, und glaube auch, daß auch wir ohne Unterschied der Partei dieser Entschließung einmütig beistimmen, ebenso selbstverständlich werden wir auch der Abhaltung des Volkstages in Linz beistimmen, nachdem in anderen deutschen Gebieten Oesterreichs schon hundert andere Volktage abgehalten wurden, die alle einen prächtigen, erhebenden und wirkungsvollen Verlauf nahmen.

Herr G.-R. Wokral: Herr G.-R. Erb hat den Wunsch ausgesprochen, daß der Gemeinderat einmütig dieser Entschließung zustimmen möge. Ich wünsche sehr, daß der Krieg möglichst bald zu Ende gehen wird und der Friede in einer solchen Weise gestaltet werde, daß es in absehbarer Zeit überhaupt keinen Krieg mehr gibt, damit es ermöglicht wird, daß für die Zukunft uns und unseren Kindeskindern dieses Elend, das wir heute durchzumachen haben, erspart bleibt; das müssen wir alle wünschen. In dieser Entschließung sind aber auch Dinge angeführt, mit denen ich nicht einverstanden sein kann, weil ich der Auffassung bin, daß sie uns allen in Oesterreich im gemeinsamen Sinne nichts nützen würden.

Die deutschen Parteien mögen ihre Stellung zu den anderen Nationen des Reiches einer gründlichen Prüfung unterziehen; es nützt nichts, wenn wir uns darauf versteifen, daß die Staatssprache deutsch sein muß. Wenn wir verlangen, daß den bezeichneten Elementen der Boden entzogen werde, so werden wir sie selbst zu Feinden des Staates machen. Die Freiheit, die wir verlangen, muß auch diesen gegeben werden, damit sie auch genau wie wir, die in diesem Staate wohnen, denselben ihr Vaterland nennen können.

Wenn wir die Sache genau betrachten, so muß man sagen, daß zum Teile auch die deutschen Parteien in der Stellungnahme der Nationen untereinander nicht ganz unschuldig sind, und zwar deshalb, weil man sich immer auf eine Vorherrschaft versteift und dabei übersehen hat, daß alle Nationen, die gleichsam in einem Hause wohnen, nicht darauf einzeln bestehen dürfen, sich Sondereinrichtungen zu schaffen, sondern daß alle in diesem Hause ihr Leben und ihr Auskommen finden müssen. So ist es auch in unserem Staate; wenn wir alle in diesem Nationalitäten reichen Staat unser Heimatland erkennen wollen, dürfen wir uns nicht auf eine Vorherrschaft versteifen, sondern trachten, daß alle Nationen gleichberechtigte Glieder des Staates sein können.

Von diesem Gesichtspunkte aus ist es mir leider nicht möglich, dieser Entschließung zuzustimmen, weil sie meiner Ansicht und meiner Parteianschauung strikte widerspricht.

Was das Bestreben anbelangt, seine Nation zu schützen und zu pflegen, so werden auch wir dafür eintreten, sind aber der Auffassung, daß es in der Art geschehen solle, daß wir nicht,

wie gesagt, auf irgend eine Vorherrschaft bestehen sollen. Wir werden über die schwierige Lage nicht hinwegkommen, wenn die Deutschen nicht auf eine Vorherrschaft verzichten und sich für eine Gleichstellung der Nationen in unserem Staate aussprechen. Der Standpunkt der Deutschen bildet auch eine bequeme Handhabe der Regierung für den Absolutismus. Ohne Parlament wird eine Einigung niemals zu erreichen sein und sehe ich lieber einen Streit im eigenen Hause als den Ausschluß der Volksvertretung zur Lösung dieser Fragen. Das sind die Gründe, warum ich für die Entschließung nicht stimmen werde.

Herr G.-R. Tribrunner: Als ich gestern die Entschließung gelesen habe, habe ich mir selbst gedacht, daß sie eine Reihe von Punkten enthält, die sich nicht gerade mit unseren Parteiansichten decken; nichtsdestoweniger enthält die Entschließung so viele wichtige Punkte, daß ich es meiner persönlichen Ueberzeugung schuldig war, den Antrag mitzuunterschreiben, insbesondere, was die Sachen auf wirtschaftlichem Gebiet und die politischen Fragen berührte. Richtig ist aber, daß eine Reihe von Fragen existiert, die mit den tatsächlichen Verhältnissen im Widerspruche stehen. Ich würde wünschen, daß man trachtet, die Gegensätze zu mildern, um auf einen versöhnlichen Standpunkt zu kommen; dann wird auf beiden Seiten das Möglichste erreicht werden können.

Im Allgemeinen möchte ich sagen, daß ich mit einem großen Teile der Entschließung einverstanden bin und deshalb auch dafür stimmen werde.

Herr G.-R. k. k. Prof. Erb: Ich muß vor allem mein wirklich aufrichtiges persönliches Bedauern Ausdruck geben, daß sich Herr G.-R. Wokral nicht herbeigelassen hat, für die gewiß außerordentlich ruhige und sachliche Entschließung des Wiener Volkstages, wie sie auch in einer ganzen Reihe anderer Volkstage ähnlich gefaßt wurde zu stimmen. Nichts steht meiner Ansicht nach in der Entschließung, das irgendwie einen Deutschen und mag er welcher Partei immer angehören, widerlich sein oder seinen Ansichten widerstreiten könnte; niemand wird gekränkt. Doch muß auf den Ursprung dieser Volkstage zurückgekommen werden. Was ist eigentlich die Ursache der großen Verstimmung, man könnte viel besser noch sagen der Empörung des deutschen Volkes in Oesterreich? Die Zurückdrängung durch ein halbes Jahrhundert der Deutschen Oesterreichs. Seit der Zeit Schmerlings, 1861, als zuerst der Gedanke eines einheitlichen österreichisch-ungarischen Staates durchzusetzen versucht wurde, ist es rückwärts und gegen die Deutschen trotz aller Opfer der Deutschen für diesen namenlosen Staat gegangen.

Erinnern wir uns nur an das Jahr 1866, damals schon hat sich die deutsche Staatstreue gezeigt; gegen das eigene Brudervolk sind die Deutschen Oesterreichs vorgegangen, als ob es der Todfeind wäre; sie haben keine Rücksicht genommen, daß es Deutsche sind, gegen die sie kämpfen, sie haben Oesterreich verteidigt gegenüber den Deutschen im Reiche draußen. Damals ist ein Musterbeispiel für alle Zeiten aufgestellt worden, wie die Deutschen Oesterreichs die Treue zum Reiche und zum Herrscherhause halten; kaum vier Jahre darauf kam schon der krasseste Undank gegenüber den Deutschen Oesterreichs. Das Ministerium Hohenwart wurde ernannt, das die Grundfesten des Staates und die Deutschen so ungemein schwer bedrohte. Hohenwart wollte das selbständige böhmische Staatsrecht, die sogenannten Fundamentalartikel; er wollte damit einen Keil hineintreiben, aus dem Dualismus einen Trialismus schaffen und was bedeutet dieses nebelhafte böhmische Staatsrecht für die Deutschen? — Es bedeutete für die Deutschen die Unterjochung unter das Tschechentum, Knebelung und Unterdrückung und die schließliche Ausmerzung der Deutschen in jenen Gebieten, daß die Tschechen als Wenzelskrone bezeichnen, ausgedehnt auf ganz Böhmen und Mähren, auf das Gebiet der Lausitz in Sachsen, auf Schlesien und neuerlich auf die Slovakei und Ungarn. Nur der Widerspruch und das Eingreifen des damaligen Ministers des Aeußern Grafen Andrassy machte diesen deutschfeindlichen Plan zunichte und stürzte den Grafen Hohenwart.

Wie die Tschechen die Deutschen behandeln, sehen wir an einer ganzen Reihe dem Deutschtum verloren gegangenen Städten in den Sudetenländern, wo in kurzer Zeit das Deutschtum ausgemerzt wurde.

Wir sahen also nach dem Jahre 1870, wie die Gefahr über die Deutschen Oesterreichs hereingebrochen wäre, wenn ihnen nicht ein Retter im Grafen Andrassy erstanden wäre.

In den Jahren 1879, 1880 und die weiteren Jahre geht die Bedrückung und Zurückdrängung der Deutschen Oesterreichs durch mehr als 14 Jahre des Ministeriums seitens des Grafen Taffee weiter. Dieser hat durch 14 Jahre die Stellung der Deutschen durch Anstellung slavischer Beamten und ausschließlicher Ernennung von solchen in gemischtsprachigen Gebieten untergraben, es slavisierte die Handelskammern, die Ministerien und lieferte Stück für Stück des politischen und wirtschaftlichen Besitzstandes der Deutschen den Slaven aus.

Eine wichtige Frage: Wie geht es den Tschechen in Oesterreich? Wieso schlagen sie Lärm, daß sie ein unterdrücktes Volk seien? Was waren die Tschechen im Jahre 1866 und was sind sie, die sich unterdrückt nennen, jetzt nach 50 Jahren? Damals waren die Tschechen ein armes Volk, das eine Sprache hatte, die nur von wenig Leuten, Bauern, Arbeitern und Dienstleuten, gesprochen wurde, die keine andere Sprache kannten; die gebildeten Tschechen bedienten sich fast ausschließlich der deutschen Sprache. Innerhalb der letzten 50 Jahre sind sie aber ein kulturell hochstehendes reiches Volk geworden, so daß sie dem deutschen Volke bereits sehr nahe stehen und das zweite Volk in Oesterreich geworden sind. So sieht die Unterdrückung in diesem Staate für die Tschechen aus.

Unlängst stand in einem tschechischen Blatte zu lesen, daß die Tschechen über 1000 Millionäre verfügen und daß diese 1000 Millionäre den Kampf für das Tschechentum und dessen Ausbreitung durch ihre reiche Unterstützung fortsetzen werden, bis zur Erreichung aller ihrer Ansprüche. Heute haben sich die Tschechen vollständig selbständig gemacht; sie haben eigene Mittel- und Hochschulen, ihre Kunstinstitute ausgebildet; sie haben kulturell alles erreicht, was sie nur erreichen konnten. Sie haben eine Reihe tschechische Minister erhalten, die rücksichtslos überall tschechisieren. Fast die ganze Beamtenschaft der Statthalterei in Prag und des Landesausschusses ist tschechisch, in den Ministerien Slaven vom Sektionschef bis zum Aushilfsdiener; trotzdem rufen die Tschechen noch der Entente und uns zu, sie seien das unterdrückte Volk. Dies ist nichts anderes als die größte Heuchelei!

Ich erinnere an die von Dr. Benesch in Paris herausgegebene österreichsfeindlichste Literatur, an die Agitationen Masariks und ähnlicher Leute, die eine förmliche Revue des strotzendsten Hochverrates in Paris herausgaben, die insbesondere Kramarsch mit Liebe stets in seiner Rocktasche herumtrug; ich erinnere an die tschechischen Bataillone in Feindesländern. Ich gebe zu, daß gewiß nicht das ganze Volk schuld ist, sondern nur deren Führer, die von Haß gegen alles Deutsche triefen, sie haben aber nun auch die Massen mitgerissen und reden dabei noch von einer Unterdrückung der Tschechen. Umgekehrt ist es richtig, die Tschechen unterdrücken das deutsche Volk bei jeder Gelegenheit in allen Gebieten von Böhmen und Mähren, wo die Tschechen die Mehrheit haben, und da sagt G.-R. Wokral, die Deutschen streben nach der Vorherrschaft! Von einer Vorherrschaft der Deutschen ist seit Taffees Zeiten, seit fast fünfzig Jahren, überhaupt keine Rede mehr. Wie müßte es den Deutschen ergehen, wenn wirklich die böhmische Krone so gebildet werden sollte, wie die Tschechen sie auf ihr Programm geschrieben haben. Rücksichtslos und mit eiserner Faust würden die Deutschen in Böhmen und Mähren nach dem böhmischen Staatsrecht entnationalisiert, unterdrückt und mißhandelt werden. Die drei Millionen Deutsche würden einfach in kürzester Zeit vernichtet werden. Die dortigen Deutschen empfinden das jeden Tag. Ich kann aus Erfahrung sprechen; ich habe es vier Jahre lang in Reichenberg und Rosenthal mitgemacht; ich war durch zwei Jahre in Olmütz. Ich kenne die gegen die Deutschen wutentbrannte tschechische Arbeiterschaft in Proßnitz und Prerau und weiß von den Moldauer- und Elbeflößern, die bei tschechischen Krawallen und Zerstörungen deutschen Eigentums nach Prag hereingezogen wurden, um gegen die Deutschen in unglaublicher Rohheit und Wut vorzugehen.

Kann unter diesen Umständen ein Deutscher überhaupt daran denken, daß das böhmische Staatsrecht durchgeführt wird, ohne daß das Deutschtum in den gemischtsprachigen Gebieten total vernichtet wird, oder fortgesetzt einen furchtbaren Kampf um seine Existenz auszuhalten hat, dem es einmal unterliegen müßte? Darum Widerstand und Kampf aller Deutschen Oesterreichs gegen die Aufrichtung eines tschechisch-slovenischen Staates!

Von einer Vorherrschaft der Deutschen in Oesterreich ist also keine Rede mehr, im Gegenteile, wir können leider zu deutlich sehen, wie in unserem Staate Ortschaften um Ortschaften durch die Vorherrschaft der Tschechen dem Deutschtum verloren gehen, weil das Deutschtum ständig und unaufhaltsam bis heute und jahrelang unter Duldung und Mithilfe der maßgebenden Faktoren im Staate untergraben wird.

Wir brauchen gar nicht weit zu gehen; schauen wir hier in Steyr in unserer eigenen Heimat die Verhältnisse an. Ist der deutsche Arbeiter in Steyr besser daran, wie der tschechische? Unsere deutschen Arbeiter klagen stets darüber, daß den tschechischen Arbeitern außerordentliche Begünstigungen in der hiesigen Waffenfabrik zufallen. Die hiesige Waffenfabrik ist ein sprechendes Beispiel dafür, wie die Tschechen für ihre Volksgenossen eintreten. Ich verarge es ihnen nicht, sie haben vollständig recht. Mit dem gleichen Recht, mit dem wir verlangen, daß das deutsche Volk für seine Volksgenossen eintritt, muß es gewiß jedem Volke möglich sein, sich seiner Genossen anzunehmen. Was aber nicht genug mißbilligt werden kann, ist der Eintritt deutscher Volksgenossen für die Tschechen; das vertragen wir nicht und das sollte niemals vorkommen und ist überaus traurig für jedes deutsche Empfinden.

Was wir hier in Steyr sehen, spielt sich hundertfältig auf allen Gebieten im öffentlichen Leben ab. Wo ein tschechischer Minister sitzt, wandern die tschechischen Beamten und Diener ins Ministerium und so ist es bei allen Aemtern, wo tschechische Amtsvorstände sitzen. Ein tschechischer Fabriksbesitzer, ein abtrünniger Adeliger oder ein tschechischer Millionär wird keinen deutschen Verwalter oder Beamten aufnehmen. Wo die Tschechen herrschen, gibt es keinen Deutschen mehr. So steht die Sache und deshalb darf man nicht sagen, die Deutschen streben zum Schaden der Tschechen nach der Vorherrschaft im Staate, sondern die Deutschen wollen nichts anderes, als die Erhaltung des Staates und ihres Besitzstandes. Der Deutsche hat durch eine tausendjährige Geschichte diesen Staat erhalten und bis zum heutigen Tage haben sich die Deutschen fest und treu mit Gut und Blut für diesen Staat geopfert und sie wissen es auch, daß der Mörtel, der diesen Staat zusammengehalten hat und bis heute noch zusammenhält, die Deutschen in Oesterreich, das deutsche Gut und Blut ist. Die Entente und die Slaven wollen die Quadern des Staates sprengen, das Deutschtum vernichten.

Es wäre recht schön, für jedes Volk die Selbstverwaltung einzuführen; aber wie sieht dann die Leitung dieses Staates aus. Denken wir uns, wir haben fünf oder sechs solcher selbstständiger Verwaltungen; da wären die Deutschen vier großen Völkerschaften ausgeliefert, denn irgend etwas müssen diese fünf Stämme gemeinsam haben, so zur Verteidigung ihr Heer und die gemeinsam zu bestimmenden Auslagen. Die Tschechen, Polen, Ungarn und Slovenen würden natürlich zusammenhalten, um dem Deutschen, der obendrein nichts dreinzureden hätte, die größten Lasten aufzubürden und schließlich würde dieser Staat auseinanderfallen, wie es von Tschechen und Slovenen so sehnsüchtig nach den Wünschen der Entente erwartet wird. Wir sehen es ja; mit wem haben sich diese Völkerschaften verbunden? Doch nicht mit Oesterreich, sondern mit dessen größten Feinden, die unseren Staat zertrümmern wollen. Die Folge des tschechischen Strebens ist die Kriegsverlängerung; die wahren Kriegsverlängerer sind also die Tschechen, Polen und Slovenen. Ja ich gehe noch weiter. Der Krieg wäre überhaupt nicht ausgebrochen, wenn durch diese Völkerschaften nicht ein Bild von Oesterreich dem Auslande gegenüber geschaffen worden wäre, daß dieser Staat zum Zerfalle reif sei!

Die Deutschen wünschen gar nichts anderes als Ruhe in ihrem eigenen Gebiet und daß dieser Staat erhalten bleibe und so gesund und kräftig werde. Was hat die Entstehung so vieler Volksräte und Volkstage verursacht? Doch nur der Umstand, weil Millionen und Millionen von Deutschen sich der großen ungeheueren Gefahren bewußt geworden sind, welche ihrem Volke drohen. Diese Volksräte und Volkstage haben nicht die Abgeordneten gemacht, ja sie sind eigentlich gegen die Abgeordneten aus dem Volke selbst heraus entstanden, um zu zeigen, daß das deutsche Volk endlich aufsteht und sich wehrt, nicht nur gegen seine Feinde, sondern auch gegen schmählichen Undank und größte Vernachlässigung.

So ist die Sache und möchte ich daher, daß auf diese deutschen Volksräte und Volkstage auch durch unsere Zustimmung Gewicht gelegt wird.

Wie sollen wir uns ein Oesterreich vorstellen, das nicht irgend eine einheitliche Sprache hat? Ich komme wieder auf den seinerzeit schon ausgesprochenen Gedanken des Herrn Kollegen Wokral zurück. Stellen wir uns diese fünf oder sechs Völker vor, diese müssen doch um Gottes Willen eine gemeinsame Sprache in einer gemeinsamen Verwaltung haben, und welche kann diese gemeinsame Sprache sein? Doch nicht tschechisch oder kroatisch, es kann nur die deutsche Sprache sein. Die Deutschen sind das weitaus wirtschaftlich stärkste Volk. Nicht für die Deutschen ist die deutsche Sprache als Staatssprache notwendig, sondern für den Staat selbst. Die Nationalitäten im Staate können doch nicht Volapük oder lateinisch reden; ihre gemeinsame Sprache kann nur eine lebende Sprache sein. Es war der größte Fehler unserer Liberalen, die diesen Staat seinerzeit neuerdings zusammengefügt haben, daß sie keine Staatssprache eingeführt hatten. Blicken wir auf Ungarn. Die wirtschaftliche und politische Stärke Ungarns liegt in der Einheitlichkeit seiner Verwaltung, in seiner einheitlichen Führung und in der einheitlichen Staatssprache, wobei nur den Kroaten erlaubt ist, im Reichstage und im Amte, aber begrenzt, ihre Sprache zu reden. Durch die Nichteinführung einer Staatssprache und der Namenlosigkeit ist Oesterreich als ein eigenartiges politisches Rumpfgebilde ohne festes Rückgrad geworden, welcher Zustand noch immer andauert.

Ich muß es lebhaft bedauern, daß das Wort „Vorherrschaft der Deutschen" hier gesagt wurde. Wir stehen nicht im Kampfe um die Vorherrschaft, wir stehen im Kampfe gegen die drohende Vernichtung des Deutschtums und gegen den Zerfall Oesterreichs. Die Volkstage und insbesondere der Wiener Volkstag wollte klar und deutlich zum Ausdrucke bringen, daß sich das deutsche Volk in Oesterreich eine Knechtschaft nach keiner Richtung hin mehr gefallen lassen will, und weil auch wir hier in Steyr zwar noch auf einen guten deutschen Boden sitzen — der freilich auch schon unterwühlt ist — müssen wir die bei diesen Volkstagen in Entschließungen niedergelegten Bestrebungen des Schutzes des deutschen Volkes vor Knechtschaft und Knebelung einmütig unterstützen, weil die drohende Gefahr eine uns gemeinsam treffende ist.

Weiters möchte ich noch auf eine Frage kommen, die Herr Gemeinderat Kollege Wokral angeschnitten hat; er sagte, ohne Parlament wird eine Einigung der Völker nicht zu machen sein. Wie sieht das Parlament aber heute aus? Ein zerrissener Körper, wo die staatsfeindlichen Abgeordneten die Mehrheit haben. Die gesamten Tschechen und Slovenen stehen in wütendster Opposition gegen die Regierung und gegen den Staat. Ein Wechsel der Regierung würde gar nichts nützen, die Tschechen toben und wüten weiter so lange, bis sie ihr Ziel mit den Jugoslaven und Slovenen erreicht haben: die Zertrümmerung des Staates!

Was die Polen betrifft, so gibt es keine zerfahrenere Partei als diese. Sie haben seinerzeit selbst ihren Staat zertrümmert und sich unfähig erwiesen, ein eigenes Reich zu besitzen. Heute erweisen sie sich ebenso unfähig; aus Dankbarkeit, daß sie von den Deutschen aus den Ketten befreit wurden, verlangen sie heute Unmögliches. Kein Mensch weiß, wie die polnische Frage zu lösen ist.

Alle slavischen Abgeordneten, leider auch die deutschen Sozialdemokraten, stehen auf dem Standpunkte, dem Staate überhaupt nichts zu bewilligen, weder das Budget noch Mittel zur Fortsetzung des Krieges. Wenn jetzt der Reichsrat zusammentreten würde, würde er beiläufig 170 Abgeordnete finden, die für den Staat, und das was er braucht, zu haben sind und die restlichen 300 Abgeordneten, Slaven und deutsche Sozialdemokraten, würden dem Staate zu seiner Existenz nichts bewilligen. Soll dieses traurige Schauspiel vor den Augen der ganzen Welt aufgeführt werden? Ich bin gewiß ein begeisterter Anhänger für die Einberufung des Abgeordnetenhauses, aber ich frage: Soll dieser Weltskandal, der sich im Abgeordnetenhause entwickeln würde, noch dazu in dem bedenklichsten Augenblicke des Krieges, wo wir auf des Messers Schneide stehen, und ein jämmerliches Bild der politischen inneren Verhältnisse bieten würden, aufgeführt werden.

Mit der Einberufung des Reichsrates wäre jetzt nichts erreicht als ein Skandal, der der Entente nur gute Dienste leisten würde. Die Staatsfeinde hätten ihre helle Freude daran. Also vorerst Sicherung vor diesen Skandal!

Eine Möglichkeit würde jedoch bestehen, um dem Wunsche des Herrn Kollegen Wokral auf eine Einigung der Völker durch das Abgeordnetenhaus näher zu kommen, und das wäre, wenn sich die Partei des Herrn Gemeinderates Wokral sich endlich entschließen würde, so zu handeln — wie ich es schon einmal in einer vorjährigen Gemeinderatssitzung betont hatte, wie die reichsdeutsche Sozialdemokratie — daß sie mit uns als deutsche Volksgenossen für das Budget und für die Mittel zur Fortführung des Krieges und damit auch zu seiner siegreichen baldigen Beendigung stimmen würden, für seine Mittel, die der Staat für seine Erhaltung und Existenz braucht. Denn die Verweigerung der Mittel zur Kriegsführung bedeutet eine Verlängerung des Krieges, weil dadurch die Absichten der Entente nur gestärkt werden. Ich meine, daß die Sozialdemokraten des Deutschen Reiches mindestens ebenso klug und so gescheit sind, wie die Führer der Sozialdemokraten Oesterreichs, die doch das Gefühl für das eigene Volk aufbringen sollten, so wie ein wirklicher deutscher Sozialdemokrat im Deutschen Reiche. Leider sind die Führer der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich größtenteils nicht deutscher Abkunft, weßhalb ihnen Herz und Seele für das Deutschtum gänzlich fehlt.

Würde es also unseren deutschen Sozialdemokraten möglich sein, deutsches Gefühl aufzubringen und abzulassen von ihrem Doktrin und ihrer trostlosen Verbortheit, die dem deutschen Volke so furchtbar schadet und den Krieg verlängert, die Hoffnung unserer Feinde auf die Zersetzung Oesterreichs immer wieder nährt und hebt, dann wäre der Sache näher zu treten und nach den Wünschen des Herrn Kollegen Wokral einem Uebereinkommen mit den anderen Völkerschaften zu entsprechen. Vergessen Sie aber nicht: Die jetzige Haltung der deutschen Sozialdemokraten Oesterreichs ist eine Stärkung des Slaventums überhaupt, der äußeren und inneren Feinde, der Zertrümmerer Oesterreichs und der Vernichter des deutschen Volkes!

Ich möchte Ihnen einmal die wutentbrannten tschechischen und polnischen sozialdemokratischen Abgeordneten im Abgeordnetenhause vorführen, wenn es sich um ihre nationalen Fragen handelt, so den tschechischen Sozialdemokraten Abgeordneten Modrazek, den einst so gefeierten polnischen Sozialdemokraten Abgeordneten Daszinski und seinen Kollegen Diamant und ähnliche Herren. Diesen kommt zuerst ihr Volk und nochmals ihr Volk in den Sinn, darnach die Sozialdemokratie. Uns aber fallen die deutschen Sozialdemokraten immer in den Arm, wenn wir unser Volk, das deutsche Volk, in seiner Not verteidigen, sagen, wir haben Unrecht, stoßen in das Horn der Gegner und werfen uns, den Deutschen in Oesterreich, fälschlich Vorherrschaft vor. Wie wollen wir uns versöhnen mit den unversöhnlichsten Leuten, die es gibt, die durch Jahrzehnte an der Zerstörung des österreichischen Staates gearbeitet haben, mit Kramarsch, Klofac, Korosec, Mašarik, mit den Leuten um Glombinsky, mit Leuten, die von Haß gegen alles Deutsche triefen.

Kennen Sie die Geschichte, die sich unlängst in Radkersburg abgespielt hat, wo ein slovenisches Marschbataillon aus der Umgebung von Triest in Radkersburg eine Bartolomäusnacht veranstalten und das kleine deutsche steirische Städtchen niederbrennen wollte? Der Plan wurde knapp vor seiner Ausführung vereitelt. Dies ist typisch, typisch ist ferner von den Slaven, daß bei Volksversammlungen die anwesenden Deutschen niedergeschlagen und russische Gefangene dazu mißbraucht wurden. Ist es jemals bei den Deutschen vorgekommen, daß sie in tschechische Städte eingedrungen sind und dort die Tschechen niederschlugen? Nie und nimmer haben sich die Deutschen solche Angriffe gestattet, sie mußten nur handeln, wenn sie angegriffen wurden. Vielleicht ist nicht das ganze tschechische Volk Schuld an all' diesen traurigen Dingen, aber der Haß gegen alles Deutsche ist von den Führern dieses Volkes schon zu weit in dasselbe hineingetragen worden und da sagt man, die Deutschen haben die Vorherrschaft und sind unversöhnlich.

Ich habe mich zurückgehalten, um nicht zu scharf zu sprechen, weil wir ja unter uns sitzen und weil ich meine, wenn man Herrn G.-R. Wokral ins Herz blicken könnte, würde man finden können, daß hier eben die Parteidisziplin ihm die Pflicht auferlegt hat, gegen seine innerste Ueberzeugung reden zu müssen. Entschuldigen Sie, wenn ich aus mir heraussprechte; ich habe die Verhältnisse wahrheitsgetreu geschildert. Ich möchte nur haben, daß auch in unserer deutschen Heimatstadt die Entschließung des Wiener Volkstages einmütig zur Annahme gelangt und jene Elemente auch aus der deutschen Sozialdemokratie entfernt werden, die dem guten ehrlichen deutschen Gewissen und dem deutschen Herzen entgegenarbeiten und ein Zusammengehen der deutsch-österreichischen Sozialdemokraten mit den übrigen deutschen Parteien behindern.

Hunderttausende deutsche Arbeiter gibt es in der Sozialdemokratie, die ein deutsches Herz haben, deutsch fühlen und denken, die deutsch handeln möchten und erlöst und befriedigt aufatmen würden, wenn sie sich zu ihrem deutschen Volke offen und stolz bekennen könnten, ohne geschmäht und verspottet zu werden befürchten müßten. Die unheilvolle Führung volksfremder Elemente in der deutschen Sozialdemokratie verhindert bis heute deutsches Fühlen und Denken, aber auch in den Reihen der deutschen Sozialdemokratie wird der Umschwung kommen, wie auch andere Parteien, die völkisches Denken seitwärts gestellt hatten, heute völkisch denken müssen. Die völkische Not und der Druck der schweren Zeit wird auch die Hunderttausende deutscher Sozialdemokraten ihrem deutschen Volke wieder zuführen, dem sie leider künstlich so entfremdet wurden.

Wenn wir einmal soweit wären, daß alle deutschen Parteien zusammengehen, auch die deutschen Sozialdemokraten, dann werden auch die Deutschen in diesem Staate ruhig leben können und dann wird es viel eher möglich sein, mit den anderen Völkerschaften zu einem gerechten Ausgleich zu kommen, den auch wir wünschen würden. (Bravo- und Heilrufe.)

Herr G.-R. Wokral: Es fällt mir gar nicht ein, Sie meine Herren, über mein Gewissen als Parteimann überzeugen zu wollen. Ich will nur das, was ich sagte, klar stellen und welche Auffassung ich habe, nach welcher ich gewissen Teilen der Entschließung nicht zustimmen kann. Gerade der Herr Vorredner hat selbst ausgeführt, daß sich das Nationalbewußtsein der Tschechen so entwickelt hat, daß sie der deutschen Kultur schon am nächsten stehen und dies hat mich zur Ueberzeugung gebracht, daß es nicht angehen wird, die deutsche Sprache als Staatssprache zu begehren. Es scheint mir dies eine Wortklaubrei zu sein. Eine Verständigungssprache wird es sein müssen, unbekümmert darum, welche es ist. Ich möchte hier die kleine Schweiz anführen, die in ihrem Staate drei Völker, deutsch, französisch und italienisch, vereinigt und doch ganz in Ruhe und Frieden miteinander leben; ich möchte wünschen, daß es bei uns ebenso geht, wie in der Schweiz. Keines der Völker darf mit Gewalt gewisse Vorrechte an sich reißen. Mit den Staatsrechten könnte ich mich nur in dem Sinne einverstanden erklären, daß den betreffenden Völkern nur wirklich jene Gebiete einverleibt werden, die ihnen sprachlich zukommen müssen. Die Rechte aller Völker müssen gleichmäßig verteilt sein und keines darf nach einer Vorherrschaft streben. Das Argument, daß tschechische Fabriksbesitzer keine deutschen Arbeiter anstellen, kommt für die nationale Sache nicht in Frage, für den Fabrikanten ist nur der Geldsack maßgebend; was wir bekämpfen müssen, sind die Uebervorteilungen der Volksgenossen gegenüber seinen Nachbarn, die ein berechtigtes Mißtrauen zeitigt. Die Entschließung befaßt sich nur mit dem deutschen Standpunkt und deshalb kann ich auch mit derselben nicht einverstanden sein. Ich möchte aber noch betonen, daß ich nicht unter allen Umständen dagegen stimmen werde, da ich mit einem Teile der Entschließung einverstanden bin, mit dem anderen Teile kann ich nicht einverstanden sein, nachdem diese Kundgebung in allen deutschen Städten beantragt und beschlossen werden soll.

Herr G.-R. k. k. Prof. Erb: Auf die Ausführungen des Herrn Gemeinderates Wokral muß ich auf ein Wort des einstigen Landeshauptmannes Abg. Dr. Ebenhoch erinnern, der im Jahre 1896 den bezeichneten Ausspruch tat: „Jetzt müssen die Deutschen endlich an sich selber denken.“ Schon damals hat dessen Partei das Bedürfnis empfunden, die Deutschen zu sammeln und wer die Kundgebungen aller deutschen Volkstage gelesen hat und bei dem letzten großen Wiener Volkstag dabei war und die Stimmung in demselben richtig erfaßte, konnte deutlich wahrnehmen, daß jeder Satz der Entschließung, der von der gemeinsamen Verteidigung gegen die anstürmenden Feinde in dieser oder jener Form gesprochen wurde, außerordentlich bejubelt wurde. Nichts hat mehr gezogen als wie die Schilderung der Gefahren und der dadurch aufgezwungene gemeinsame Kampf. Ich will damit sagen, wie tief das Bewußtsein der Kränkungen und Beleidigungen angesichts der ungeheueren Opfer des deutschen Volkes in dieses gedrungen ist, daß es diesen Notschrei und Kampfruf ertönen ließ. Man muß nur verstehen, warum diese Volkstage gemacht wurden, nun aus dem einfachen und begreiflichen Grunde, weil es höchste Zeit ist, daß alles, was deutsch denkt und fühlt, zusammenhilft. Deshalb ist es umso bitterer, daß ein Teil unserer verführten Volksgenossen nicht mittun will oder abgehalten wird mitzutun, in der Notwehr für das eigene deutsche Volk. Das ist bitter und beklagenswert, wenn Teile eines Volkes in seinem Erhaltungskampfe so ferne stehen.

Ich möchte da auf Kärnten verweisen, wo ein schönes Beispiel für alle übrigen deutschbewußten Städte und Orte gegeben wurde. Dort steht auch der weitaus größte Teil der Slovenen zu den Deutschen, ein slovenischer Reichsratsabgeordneter gehört der deutschen agrarischen Partei im Abgeordnetenhause an; auch in Südsteiermark gibt es eine deutschfreundliche slovenische Partei, die sich nicht verhetzen und in den Staatsverrat treiben läßt.

Ich kann Herrn G.-R. Wokral noch sagen, daß wir, wenn uns die Vertreter seiner Partei zum gemeinsamen Kampf gegen jenes Großkapital rufen, das den Mittelstand vernichten will, genau so mittun würden, weil es zu bekannt ist, daß manche Großbanken darauf eingerichtet sind und arbeiten, unser ganzes deutsches Volk auszusaugen und wirtschaftlich gänzlich zu ruinieren. In der heutigen späteren Ernährungsdebatte werden wir vielleicht auch auf dieses Kapitel zu sprechen kommen.

Es freut mich, daß Herr Gemeinderat Tribrunner, trotzdem er seine Beurteilung vom Parteistandpunkte aus vertreten muß, erklärt hat, für die Entschließung zu stimmen und freut es mich außerdem, daß Herr Gemeinderat Wokral durchblicken ließ, er werde nicht gegen die ganze Entschließung stimmen, wodurch es möglich sein wird, daß unsere Abstimmung in der deutschen Stadt Steyr für das Deutschtum in Oesterreich einmütig sich den Volkstagen anschließt. Ich möchte die Herren bitten, für die Entschließung zu stimmen; wir tun nichts anderes, als was Millionen in diesem Staate getan haben. Wir gehen mit und verteidigen das deutsche Volk gegen alle unsere Feinde, welche auch den Staat zerstören wollen. Wir sind die wahrhaften Verteidiger dieses Staates heute ebenso, wie die Deutschen dies durch mehr als 1000 Jahre vorher schon gewesen sind. Die Entwicklung der anderen Volksstämme im Schoße unseres Staates hat deutlich gezeigt, daß es denselben in Oesterreich stets gut gegangen ist und sie sich nicht so entwickeln hätten können, wenn sie anderen Staaten angehört hätten. Diese Entwicklung verdanken sie nur den jetzt so wütend gehaßten Deutschen. Ich bitte daher, für die Entschließung zu stimmen. (Bravo-Rufe.)

Herr Bürgermeister: Ich bringe nun den Dringlichkeitsantrag zur Abstimmung.

Der Dringlichkeitsantrag erscheint vollkommen einmütig angenommen.

Herr Bürgermeister: Ich gehe nun zur Tagesordnung über.

I. Sektion. Referent: Sektionsobmann Herr G.-R. Dr. Karl Harant jun.

1. Amtsangelegenheiten.

2. Ansuchen um Bürgerrechtsverleihungen.

3. Ansuchen um Aufnahme in den Gemeindeverband.

Die Punkte 1, 2 und 3 werden der vertraulichen Behandlung am Schlusse dieser Sitzung vorbehalten.

4. Aenderungsvorschläge für die Hausordnung des neuen Krankenhauses.

Herr Referent G.-R. Dr. Harant: Wie bekannt, hat Herr Gemeinderat Wokral in der Sitzung des Gemeinderates vom 20. Dezember 1917 Abänderungsvorschläge für die Hausordnung des allgem. Krankenhauses gestellt. Die I. Sektion hat sich mit diesen Abänderungsvorschlägen beschäftigt und ist zu dem Entschlusse gekommen, sich vor Erstattung eines Antrages an den Gemeinderat mit dem Primarius des allgem. Krankenhauses ins Einvernehmen zu setzen.

Der Sektionsantrag geht dahin, diesen Punkt vorläufig zur Einholung der Aeußerung der Krankenhausleitung zurückzustellen.

Der Antrag wird nach Abstimmung vom Gemeinderate einhellig angenommen.

5. Erhöhung des Fiakertarifes auf Kriegsdauer.

Herr Referent G.-R. Dr. Harant: Eine Erhöhung des Fiakertarifes um 100 % hat den Gemeinderat in der Sitzung vom 13. Dezember 1917 beschäftigt und liegt uns heute die Forderung nach Erhöhung des Tarifes insgesamt auf 250 % vor, begründet damit, daß die Futtermittel und alle mit dem Betriebe eines Fuhrwerkes verbundenen Regieauslagen derart gestiegen sind, daß nur mit diesem Zuschlage das Auslangen gefunden werden könnte. Die Sektion hat über das neuerliche Begehren beraten und ist zu folgendem Antrag gekommen:

„Ein Teuerungszuschlag von 250 % zu dem in Vorschlag gebrachten Normaltarife scheint der Sektion allzu hoch gegriffen zu sein, ohne daß die Sektion zu einem abschließenden Urteile über die Angemessenheit eines Tarifes gelangen könnte. Die Sektion beantragt, der löbliche Gemeinderat wolle die k. k. Statthalterei ersuchen, bei entsprechenden Stellen ein Gutachten über die Angemessenheit eines solchen Tarifes einzuleiten.“

Der Antrag wird vom Gemeinderate angenommen. — Z. 15.063.

6. Abänderungen der Satzungen für das h. o. Arbeitsvermittlungsamt.

Herr Referent G.-R. Dr. Harant:

Zufolge erst in letzter Zeit eingelangter Erlässe des Ministeriums für soziale Fürsorge und nach Mitteilungen des erst kürzlich hier anwesend gewesenen Inspektors für die o.-ö. Arbeitsvermittlungsstellen erscheint es, um die Oeffentlichkeitserklärung der Arbeitsnachweisstelle zu erwirken, notwendig, die bereits beschlossenen Satzungen in einigen Punkten abzuändern.

Zunächst ist zu ergänzen § 2, welcher über die Zusammensetzung des mit der Aufsicht über die Arbeitsnachweisstelle betrauten Ausschusses handelt, und zwar dahin, daß diesem Ausschusse auch je ein Vertreter der landwirtschaftlichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer als vollberechtigte Mitglieder zugezogen werden; das genannte Ministerium legt mit Rücksicht darauf, als die Wirksamkeit der Arbeitsvermittlungsstelle sich auf den ganzen Kreisgerichtssprengel Steyr erstreckt und alle Berufszweige zu umfassen hat, ein besonderes Gewicht darauf, daß auch der landwirtschaftliche Beruf entsprechend im Ausschusse vertreten ist.

Dieses Ministerium hat weiters eröffnet, daß auch den Organen der Staatseisenbahnverwaltung die Möglichkeit gegeben wird, als Behördenvertreter an den Sitzungen des Ausschusses teilzunehmen; hiebei ist dasselbe von der Ansicht ausgegangen, daß es nicht empfehlenswert erscheint, wenn Funktionäre der Staatseisenbahnverwaltung dem Ausschusse als Vertreter der Arbeitgeber angehören, weil sie in dieser Eigenschaft bei einem Interessengegensatze zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern sich mehr als erwünscht exponieren können.

Daher ist § 2 auch noch durch folgenden Absatz zu ergänzen:

„Ueberdies hat an den Sitzungen ein Vertreter der k. k. Staatseisenbahnverwaltung, welcher von der Abhaltung rechtzeitig zu verständigen ist, mit beratender Stimme teilzunehmen.

Ferner steht es dem Vorsitzenden frei, Vertreter des Gewerbe-Inspektorates, bezw. andere Personen, deren Teilnahme an der Beratung erwünscht erscheint, beizuziehen. Stimmberechtigt sind jedoch nur die Mitglieder des Ausschusses."

Endlich wäre auch § 11 über die Gebühren der Arbeitsvermittlung abzuändern, da das Ministerium für soziale Fürsorge darauf besteht, daß für die Vermittlung einer Stelle von den Arbeitnehmern eine Gebühr überhaupt nicht eingehoben werden dürfe, als Ersatz des hiedurch entstehenden Ausfalles hat sich jedoch dieses Ministerium bereit erklärt, einer Erhöhung der Gebühren der Arbeitgeber auf 60 Heller zuzustimmen.

Auch die Arbeitsnachweisstellen in Linz, Wels, Ried und Urfahr sind beauftragt, ihre Satzungen in vorstehend ausgeführtem Sinne abzuändern,

Die Sektion beantragt daher, die Satzungen für die allgemeine öffentliche Arbeitsnachweisstelle in der vom Ministerium für soziale Fürsorge vorgesehenen Weise zu ergänzen, bezw. zu ändern.

Der Sektionsantrag wird einhellig angenommen. Z. 18.161.

7. Ansuchen um Erhöhung der Impfgebühren für die öffentlichen Impfungen.

Herr Referent G.-R. Dr. Harant: Seitens des Impfarztes und des bei den Impfungen fungierenden Schriftführers und des Sanitätsgehilfen wurde ein Ansuchen um eine 50%ige Erhöhung der bisherigen Impfgebühren eingebracht und würden sich die Erhöhungen wie folgt stellen:

Für den Impfarzt von 30 *h* pro Impfling auf .	45 *h*,
für den Schriftführer von 35 *K* auf	52 *K* 50 *h*,
und für den Sanitätsgehilfen von 15 *K* auf .	22 *K* 50 *h*.

Das Amt unterstützt und begründet die Berechtigung der angestrebten Erhöhung damit, daß diese früheren Gebühren aus den Jahren 1899 bezw. 1904 stammen und deren beantragte Erhöhung daher nach den heutigen Verhältnissen gerechtfertigt erscheine.

Die Sektion beantragt daher auf Erhöhung der Impfgebühren in dem angesuchten Ausmaße im Hinblicke auf die seit deren Festsetzung eingetretenen Erhöhung aller sonstigen Entlohnungen.

Der Sektionsantrag wird einhellig angenommen. Z. 14.124.

8. Bericht des städtischen Wirtschaftsrates über Verpflegsfragen.

Herr Bürgermeister ersucht Herrn G.-R. k. k. Prof. Erb die Berichterstattung über diesen Punkt zu übernehmen.

Herr G.-R. k. k. Prof. Erb: Mit der Uebernahme der Berichterstattung über diese Frage ist eine außerordentlich unangenehme Aufgabe meinerseits übernommen worden. Der Wirtschaftsrat hat sich mit den die Bevölkerung jetzt so schwer treffenden Fragen in seiner letzten Sitzung eingehend beschäftigt, und zwar nach zwei Richtungen, erstens wegen der Brotkürzung und zweitens wegen der Fleischversorgung. Ich glaube, es ist am besten, die beiden Fragen getrennt zu behandeln. Ich werde mich vor allem auch auf die sämtlichen Schriftstücke stützen, welche in diesen Angelegenheiten gewechselt wurden. Ich beginne mit dem Erlasse der Statthalterei vom 5. Juni 1918, Z. 11.686/Ap., welcher lautet:

Die unsichere Lage der Brotversorgung Oberösterreichs bis zur neuen Ernte ist den Herren Vorständen schon in einer Reihe von Erlässen geschildert worden. Dieser Umstand macht es auch erklärlich, warum die Statthalterei mit dem h. ä. Erlasse vom 3. Mai 1918, Zl. 9118/Ap., die rasche Aufbringung der bei den Landwirten angeforderten außerordentlichen Getreidemengen empfohlen hat. Die Ablieferung der einzelnen Bezirkskontingents muß im Sinne dieses Erlasses bis spätestens 10. Juni vollzogen sein.

Die termingerechte Ablieferung der angeforderten Getreidemengen allein bietet noch nicht die Gewähr, daß Oberösterreich bis zum Greifbarwerden der neuen Ernte hinreichend mit Brot versorgt werde, zumal die rasche Bergung der Ernte in Frühdruschgebieten eine gleichmäßige ungekürzte Brotversorgung durchaus noch nicht ermöglicht und die Aberntung des Roggens und Weizens im allgemeinen von den Witterungsverhältnissen abhängig ist. Um nicht die Brotversorgung Oberösterreichs in den letzten Wochen des Monates Juli und anfangs August vollständig lahm zu legen, sieht sich die Statthalterei gezwungen, mit der am 10. Juni l. J. beginnenden Verbrauchsperiode bis auf weiteres eine Herabsetzung des Brotverbrauches in nachstehender Weise zu verfügen:

1. Mit Ausnahme aller in der Versorgungsgemeinschaft der Oesterreichischen Waffenfabrik in Steyr, des Kriegsverbandes der industriellen Betriebe Oberösterreichs und der k. k. Staatsbahn-Direktion in Linz befindlichen Sonderversorgten ist vom 10. Juni l. J. angefangen, die Brotkarte, welche wöchentlich auf 18 Abschnitte lautet, nur mehr gegen eine Menge von 980 g statt 1260 g Brot einzulösen. Es kommen daher 4 Brotkartenabschnitte (= 280 g Brot) in Wegfall. Die Zusatzkarte der Schwerarbeiter, lautend auf wöchentlich 980 g Brot (= 14 Brotkartenabschnitte), bleibt unverändert." . . . . . .

Der restliche Wortlaut dieses Erlasses betrifft Durchführungsbestimmungen.

Gegen diesen Erlaß hat die Stadtgemeinde-Vorstehung Stellung genommen und an die k. k. Statthalterei mit Zuschrift vom 10. Juni l. J., Zl. 19.033, unter anderem berichtet:

„Mit Erlaß vom 5. Juni 1918, Zl. 11.686/Ap., wurde verfügt, daß mit Ausnahme aller in der Versorgungsgemeinschaft der Oesterr. Waffenfabrik in Steyr, des Kriegsverbandes der industriellen Betriebe Oberösterreichs und der k. k. Staatsbahn-Direktion in Linz befindlichen Sonderversorgten vom 10. Juni 1918 angefangen die Brotkarte nur mehr gegen eine Menge von 980 g statt 1260 g Brot einzulösen ist, daher vier Brotkartenabschnitte in Wegfall kommen." . . . . . .

„Die Stadtgemeinde-Vorstehung Steyr sieht sich veranlaßt, hiemit gegen die verfügte Kürzung der Brotmenge die ernstesten Vorstellungen zu erheben und von der Durchführung in der Stadt Steyr auf das eindringlichste abzuraten, denn dieselbe ist auf Grund der genauesten Kenntnis der hiesigen Verhältnisse fest davon überzeugt, daß diese Maßregel zu den bedenklichsten und bedauerlichsten Aeußerungen der Stimmung der gedrückten Bevölkerung führen muß.

Die Kürzung erfolgt nun in einer Zeit, da das kleine Stück Brot geradezu das Hauptnahrungsmittel der Bevölkerung geworden ist; erst vor kurzer Zeit erfolgte die Kürzung der Mehlquote um 1/4 kg, ebenso die Kürzung der Zuckermenge, die Versorgung mit Fleisch ist, wenn nicht überhaupt unmöglich, so doch schon auf ein Minimum gesunken, Gemüse kommt keines auf den Markt, die Kartoffel gehen zu Ende und sind nicht mehr genießbar, andere Lebensmittel sind nicht vorhanden, auch das Brot ist schlecht und minderwertig und nun soll auch dieses noch derart einschneidend gekürzt werden!

Welches werden die Folgen dieser Maßregel sein?

Die Leute werden dadurch zum Schleichhandel gezwungen und das Letzte, was noch zu normalen Preisen zu kaufen war, wird durch Preistreiberei auf eine unerschwingliche Höhe hinaufgetrieben werden, es wird, wie es in Tschechisch-Böhmen der armen, hungernden, Hab und Gut herbeischleppenden deutschen Bevölkerung ein Kilo Brot zu 5 *K* verkauft wird, dies auch in Oberösterreich bald der Fall sein. Aber selbst diese Aushilfe in Umgehung der kriegswirtschaftlichen Vorschriften kann nicht lange anhalten, aus dem Grunde, weil den Landwirten alles, was sie entbehren können, bereits weggenommen ist und sie beim besten Willen und bei werktätigstem Mitgefühl mit dem Elende ihrer Mitmenschen nicht mehr helfen und nichts mehr geben können, weil sie selbst nichts haben.

Und was dann? Schon mehren sich die Diebstähle in geradezu erschreckender Weise, was aber wird erst geschehen, wenn auch das letzte Nahrungsmittel der Bevölkerung weggenommen ist. Wer soll dann die Felder und die heranreifenden Saaten schützen? So wie es in finanzieller Beziehung ein Existenzminimum gibt, so besteht ein solches zweifellos auch hinsichtlich der Ernährung, es ist kein Zweifel, daß heute bereits ein jeder weit unter diesem Minimum vegetiert, durch die verfügte Brotkürzung wird aber ein solcher Tiefstand erzeugt, daß Leben und Gesundheit auf das Schwerste gefährdet werden.

Die Stadtgemeinde verweist auf die der Stadt Steyr ganz eigenartigen Verhältnisse. . . . .

Wenn auch von der Brotkürzung die Arbeiter der Waffenfabrik und Kriegsindustrien ausgenommen erscheinen, sei es um den Bedürfnissen der Industrie Rechnung zu tragen oder von vornherein ein Element auszuschalten, das einen großen Teil der Bevölkerung bildet, so ist übersehen worden, daß in der Waffenfabrik ganz bedeutende Arbeiterentlassungen stattgefunden haben und täglich noch stattfinden.

Es gibt daher in der Bevölkerung von Steyr, die ohnehin nicht, wie in vielen anderen Städten, zum großem aber auch überhaupt nur zu einem Teile aus Menschen besteht, die von ihrer Rente leben, sondern durchwegs in einer oder der anderen Weise der Arbeit nachgehen müssen, eine sehr große Anzahl von Personen, welche heute überhaupt keinen Erwerb haben; auf der einen Seite keine Verdienstmöglichkeit, auf der anderen Seite nichts mehr zu essen, ist es da nicht allzu menschlich, wenn solche Personen zu den verzweifeltsten Schritten getrieben werden?

Es ist zwecklos, an dieser Stelle auf all' die vielen und schweren und oft unbegreiflichen Fehler hinzuweisen, die unsere Verwaltung insbesondere in der Ernährungsfrage belasten, da auch durch die berechtigste Kritik keine Abhilfe geschaffen wird, wohl aber sei auf einen Umstand hingewiesen, der noch in letzter Stunde wirksame Hilfe zu bringen vermag.

Wenn heute die Kriegslage unseres Staates so günstig ist, wenn unser Vaterland allen Anstürmen standhalten konnte, so ist dies in erster Linie und in weitaus größtem Maße das Verdienst der Deutschen in Oesterreich. Mit goldenen Lettern muß es in der Geschichte des Habsburgerreiches eingeschrieben sein, welche Opfer an Gut und Blut und Entbehrungen die Deutsch-Oesterreicher gebracht haben.

Unter den in die hiesigen Kriegsbetriebe Kommandierten befinden sich mehr denn 1000 Arbeiter, welche der tschechischen Nation angehören; sicher vor den feindlichen Kugeln können sie sich während des Krieges noch bereichern, weil sie in der Front nicht verläßlich sind. Mit tiefem Groll bemerkt es die hiesige Bevölkerung schon lange, was diese tschechischen Arbeiter aus ihrer Heimat nachgeschickt bekommen, welche Mengen von Brot und Gepäck und von einer Qualität, wie sie auch in Frieden nicht besser sein kann. Jeder Mensch in Oesterreich kennt den Ueberfluß in tschechischen Gebieten und auch der österreichischen Regierung kann es kein Geheimnis geblieben sein, daß die tschechische Bevölkerung durch ihren Widerstand auch in der Getreideablieferung dem Staate nicht zu überwindende Schwierigkeiten bereiten zu können hoffte.

Wenn nun die Not so groß ist, dann ist es wohl an der allerhöchsten Zeit, diesen Widerstand zu brechen; wenn die Regierung die starke Faust, welche sie bei der deutschen Landbevölkerung fühlen ließ, auch dort einmal zur Anwendung bringt, wo heute noch Vorräte in großen Maßen vorhanden sind, und in energischer Weise, allerdings nicht durch tschechische Kommissionen Requisitionen durchführen läßt, dann braucht es nicht zum Aeußersten zu kommen.

Es muß aber auf das entschiedenste dagegen Protest erhoben werden, daß eine Bevölkerung, die für den Staat bereits so schwere Opfer gebracht hat und die heute dem Verhungern nahe ist, nur deshalb der Verzweiflung in die Arme getrieben werden soll, weil andere, welche den Hochverrat offen und schamlos bekundeten und auch heute noch bekunden, ungestraft auch weiterhin verweigern dürfen, dem Staate zu geben, was des Staates ist.

Es sei an dieser Stelle auf die hochgehende Erregung verwiesen, welche in letzter Zeit in einigen Alpenländern in nicht mißzuverstehender Weise laut und vernehmlich zum Ausdrucke gelangt ist. . . . . .

Die Stadtgemeinde-Vorstehung Steyr bittet daher nochmals, von der Durchführung einer Brotkürzung abzusehen; wird aber auf deren Durchführung beharrt, dann lehnt die Stadtgemeinde-Vorstehung heute schon die Verantwortung für alle Folgen, welche daraus entstehen können, ab."

Hierauf langte von der Statthalterei die Zuschrift vom 15. Juni 1918, Zl. 12.481/Ap., ein, worin folgendes gesagt wird:

„Den Ausführungen des bezogenen Berichtes kann ich in mancher Richtung vollkommen beipflichten, muß jedoch mit Rücksicht auf die allgemeine Versorgungslage des Reiches die uneingeschränkte Durchführung des Erlasses vom 5. Juni 1918, Zl. 11.686/Ap, fordern, da sonst die Kriegsgetreideverkehrsanstalt, Zweigstelle Linz, nicht in der Lage wäre, den erhöhten Bedarf der Stadt an Mahlprodukten zu decken und die Gemeinde-Vorstehung gezwungen wäre, eine weit empfindlichere Brotverkürzung als in dem angeordneten Maße zeitweilig vorzunehmen. . . ."

Auf Grund dieses Bescheides der Statthalterei erging an die Bäckermeister folgender Erlaß der Stadtgemeinde-Vorstehung:

An die Herren Bäckermeister in Steyr.

Die k. k. Statthalterei in Linz hat bereits mit Erlaß vom 5. Juni 1918, Zl. 11.686/Ap., verfügt, daß vom 10. Juni 1918 angefangen eine Herabsetzung des Brotverbrauchrs in der Weise einzutreten hat, daß mit Ausnahme aller in der Versorgungsgemeinschaft der Oesterreichischen Waffenfabrik in Steyr, des Kriegsverbandes der industriellen Betriebe Oberösterreichs und der k. k. Staatsbahndirektion in Linz befindlichen Sonderversorgten die Brotkarte, welche wöchentlich auf 18 Abschnitte lautet, nur mehr gegen eine Menge von 980 g statt 1260 g Brot eingelöst wird, daher 280 g oder 4 Brotkartenabschnitte wöchentlich in Wegfall kommen.

Die Zusatzkarte der Schwerarbeiter bleibt unverändert.

Die Stadtgemeindevorstehung Steyr hat in einer eingehenden Eingabe der k. k. Statthalterei die Unmöglichkeit der Durchführung dieser harten Maßnahmen in dem gegenwärtigen Zeitpunkte dargetan und um Zurückziehung dieser Verordnung gebeten. Auch der Magistrat der Landeshauptstadt Linz hat in gleicher Weise gegen diesen Erlaß Stellung genommen. In einer heute stattgefundenen Sitzung des Landwirtschaftsrates hat Seine Exzellenz der Herr Statthalter erklärt, daß nur die härteste Notwendigkeit diesen Schritt veranlaßte und daß die Kürzung unbedingt durchgeführt werden müsse, wenn nicht binnen kurzem überhaupt sämtliche Mehlvorräte aufgebraucht sein sollen und dann überhaupt jede Brot- und Mehlabgabe unterbleiben müßte.

Diesem eisernen Zwange und dem neuerlichen schärfsten Auftrage der k. k. Statthalterei gehorchend, muß daher die Kürzung der Brotmenge von 1260 g auf 980 g wöchentlich ab Montag, den 17. d. M., durchgeführt werden. Die Herren Bäckermeister werden daher beauftragt, ab Montag, den 17. Juni 1918, nur mehr Brote im Gewichte von 980 g zu erzeugen und für ein solches Brot in der Woche vom 17. bis 23. Juni 1918 volle 18 Brotkartenabschnitte einzuziehen, bezw. auf einen Brotkartenabschnitt nur 54·5 g Brot zu verabfolgen. Ab 24. Juni 1918 sind Brote von 980 g gegen 14 Brotkartenabschnitte zu verabfolgen, da sodann bereits die entsprechende Richtigstellung der Bezugskarten erfolgt sein wird.

Für die strengste Einhaltung dieser Verfügung werden die Herren Bäckermeister persönlich bei sonstiger Entziehung der Gewerbeberechtigung haftbar gemacht.

Stadtgemeinde-Vorstehung Steyr, am 15. Juni 1918.

Der Vizebürgermeister: Ferdinand Gründler.

Dies ist die Vorgeschichte.

Die Sektion beantragt hiezu:

„Der Gemeinderat beschließe seine Zustimmung zu der vom Bürgermeister erfolgten Verwahrung gegen die Ausdehnung der Brotkürzung auf den Stadtbezirk Steyr, da dessen Bevölkerung eine solche Herabsetzung nicht verträgt. Er bedauert die zur Gänze fehlende Voraussicht der Leitung der einschlägigen Zentralen, deren ungeheuerliche Unkenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse den jetzigen traurigen Zustand in der Ernährung verursachen mußte und damit für die Bevölkerung eine äußerst schwierige Lage schuf."

Herr G.-R. k. k. Prof. Erb fährt fort:

In der Zuschrift der Stadtgemeinde an die Statthalterei heißt es, daß eine Kritik an den Verhältnissen nichts hilft. Ich gebe zu, daß dies wahr ist, zur Sache selbst habe ich aber doch einiges zu bemerken. Die Wirtschaft in den Zentralen ist eine derartige gewesen, daß man sich heute an den Kopf greifen muß, wieso es möglich ist, daß nunmehr eine derartige Lage entstand. Man braucht nur auf ein halbes Jahr zurückgreifen. Die Herren werden sich erinnern, daß im Oktober vorigen Jahres in allen Zeitungen zu lesen stand, daß Oesterreich bis zur nächsten Ernte reichlich versorgt sei. Parallel mit dieser Ankündigung ist die Mehl- und Brotquote auf 100%ige Erfüllung der Ausweiskarten gestiegen. Ich frage nun jeden halbwegs vernünftigen Menschen: wie konnte seitens des Ernährungs-Ministeriums eine derartige Mitteilung veröffentlicht werden, denn kaum 1/4 Jahr nach dieser Veröffentlichung mußte bereits mit einer Mehlverkürzung auf 1/4 kg gegangen werden. Es muß jeden Menschen unverständlich sein, wie dies kommen konnte. Das Ernährungsamt hat sich auf statistische Daten, die jede Zentrale führt, gestützt und die einer Neuaufnahme der Erträge aus der Ernte 1917 mit einem Kostenaufwande von 17 Millionen Kronen entsprungen seien und welche gar nichts genützt hat, weil sie einen vollkommen falschen Schluß brachten. Es verschwanden auf unaufgeklärte Weise große Mengen in den tschechischen Gebieten, teils verschwanden solche durch den großzügigen Schleichhandel, gegen welchen niemals ordentlich Stellung genommen wurde. An den jetzt bestehenden Zuständen trägt die Regierung des Grafen Stürgkh die Hauptschuld. Sie füllte alle Zentralen des Ernährungsdienstes ohne mit jede Sach- und Fachkenntnis besitzenden Bürokraten an, vermied ängstlich jede erfolgreiche Beiziehung von Landwirten, Kaufleuten, Bürgermeistern und Abgeordneten, überhaupt von Leuten aus dem Volke. Ihr hat jede Voraussicht und jedes Verständnis durch drei Jahre gefehlt und wir müssen dies nun so hart büßen. Vielleicht wäre eine ordentlich durchgeführte zentrale Bewirtschaftung mit dem Ernte-Ertrage des Jahres 1917 mit Zuziehung entsprechender Sachkenner; noch im Stande gewesen, uns vor diesem katastrophalen Augenblick drei Wochen vor der neuen Ernte zu bewahren. Jetzt sind wir so weit, daß wir gar nichts mehr haben; wir müssen warten, ob und wie uns das Deutsche Reich aushilft und ob Ungarn etwas abgibt. Aus der Ukraine scheint überhaupt nichts herauszugehen, weil alles vernichtet scheint und weniges nur zu fabelhaften Preisen und Bedingungen erlangt werden kann. Der Fehler in der Voraussicht lag also schon im Oktober 1917 vor, ganz abgesehen von Aufbringungs- und Verteilungsfehlern.

Die Veranlassung des Fehlers liegt also aber — wenn wir weiter zurückgehen — in dem unglückseligen Ministerium Stürgkh und seinen Bürokraten, die allen Rat sowohl der Erzeuger wie der Verbraucher ausgeschlossen haben. Stürgkh hat einfach mit seinen Bürokraten politisch und wirtschaftlich ganz allein regieren wollen, mit einer weltfremden Art von Leuten, die von Erzeuger- oder Verbraucherorganisationen nichts wissen wollten. Ich habe die volle Ueberzeugung, daß, wenn das Ministerium Stürgkh das Abgeordnetenhaus einberufen hätte, diese Ernährungsschwierigkeiten heute nicht so arg eingetreten wären, wir nicht so hilflos und die Regierung nicht so kopflos diesen Dingen gegenüber stünden. Den Beamten des Ernährungs-Ministeriums kann kein Vorwurf gemacht werden, sie waren keine Fachleute, sie konnten es nicht besser verstehen, beim besten Willen; ein solcher Vorwurf kann nur die leitenden Faktoren treffen. Die Schuld trifft den Bürokratismus des unglückseligen Ministeriums Stürgkh, noch dazu in seiner Unterwürfigkeit gegen Ungarn, der mehr auf seine Ministerschaft als auf das Volk gedacht hat.

Dem Gemeinderate wurde die ganze traurige Vorgeschichte zur Kenntnis gebracht, um der Bevölkerung zu zeigen, woran die Schuld an dem jetzigen Zustand liegt, und zu zeigen, daß sich der Wirtschaftsrat der Stadt jederzeit und auch diesmal eingehend mit den Ernährungsfragen überhaupt beschäftigt und drittens zu zeigen, daß die Gemeinde alles Mögliche getan hat, um das nun eingetretene Uebel abzuwenden.

Leider muß auch betont werden, daß die Schuld an diesen Zuständen nicht allein die höchste Zivilverwaltung, sondern zum wesentlichsten Teil auch die Militärverwaltung trifft, die sich um das Hinterland die längste Zeit nicht kümmert, die vergassen, daß das Hinterland auch eines der wichtigsten Fronten ist.

Man sieht bei dieser heute noch keine Sparsamkeit; es heißt immer, koste es, was es wolle, wir kaufen und übernehmen alles um jeden Preis, so daß auch die Preisbildung von der Militärverwaltung beeinflußt und furchtbar hinaufgeschraubt wurde.

So sind wir jetzt auf den heutigen traurigen Standpunkt angelangt. Wir können aber mit ruhigem Gewissen sagen, daß

der Wirtschaftsrat und der Gemeinderat alles getan hat, was beide im Interesse der Bevölkerung und der Handels- und Gewerbetreibenden tun konnten. Es geht nicht anders, wir müssen uns in das Unvermeidliche fügen. Ich bitte um Annahme des Sektionsantrages.

Herr G.-R. Wokral: Es ist schwer, in dieser Frage etwas zu sagen, weil man sich des Eindruckes nicht erwehren kann, daß jedes Wort umsonst ist und umsonst sein muß, weil eben heute nichts mehr da ist, und wir sind der Gefahr ausgesetzt, daß es gar nicht mehr lange dauern wird, und das Wenige, was vielleicht doch noch vorhanden, ebenfalls aufgebraucht sein wird; es ist dies umso bedauerlicher, als man nicht sagen kann, daß die kommenden Ereignisse nicht schon längst hätten vorausgesehen werden können und müssen, im Gegenteile, unsere Machthaber im Staate wurden immer und immer wieder darauf aufmerksam gemacht, was die Bevölkerung braucht und sie mußten die vorhandenen Vorräte kennen, die Mängel der Verteilung wurden ihnen mitgeteilt und entsprechende Abänderungsvorschläge erstattet; aber man wollte nicht hören und insbesondere Graf Stürgkh stand allen Ratschlägen aus dem Volke vollständig ablehnend gegenüber und besonders diese Aera des Absolutismus ist es, in welcher wir so tief in die Sackgasse gerieten.

Auch unter seinem Nachfolger war es nicht viel anders; man konnte sich von den Mißständen nicht mehr frei machen, statt aus ihnen zu lernen, wurde sorglos darauf losgewirtschaftet und so mußte jenes kritische Stadium kommen, in welchem wir uns heute befinden und unter welchen wir so schwer leiden.

Ja man kann sich des Eindruckes gar nicht erwehren, daß die Bevölkerung über die wirklichen Verhältnisse mit Absicht getäuscht wurde. Wir finden die Tatsache, daß zu der Zeit, als wir mit unseren Vorräten an Brot sehr knapp standen und auch die Friedensverhandlungen mit dem östlichen Feinde im Gange waren, wir immer fort vertröstet wurden, mit dem Hinweise auf die großen Vorräte in der Ukraine; als wir dann darauf hinwiesen, daß die Art, wie man Frieden schließt, nicht die richtige ist und mit den Grundsätzen des damaligen Ministers des Aeußern Grafen Czernin im Widerspruch steht, da sagte man, daß es so sein müsse, weil es ein Brotfriede ist, und jene Blätter, welche gegen die Art des Friedensschlusses Stellung nahmen, wurden beschlagnahmt und unsere Zeitungen erschienen wieder mit vielen und großen weißen Flecken. Der Friede wurde geschlossen und die Brotquote erhöht; ich kann mich des Eindruckes nicht erwehren, daß man die Erhöhung machte, um die Bevölkerung für die Kriegsanleihe zu ermutigen; ich begreife, daß der Staat die Mittel aufbringen muß, um den Krieg fortzuführen, aber ich halte es für verwerflich, daß man die Bevölkerung über derart wichtige Umstände und man kann nicht anders sagen, mit Absicht im Unklaren gelassen hat. Als um Weihnachten herum die Wiener Abgeordneten beim Ernährungsminister waren, lauteten die Aeußerungen schon so, daß wir nur bis Februar versorgt sind, was weiter werden werde, das wisse er nicht; also man wußte damals schon das drohende Gespenst, aber man hat nichts dagegen gemacht und jetzt haben wir die Kürzung, trotzdem soviel versprochen wurde. Das Volk wurde belogen, denn ein Mann, der so große Verantwortung wie ein Minister trägt, darf nicht sagen, wovon er nicht voll überzeugt ist, sagt er das Gegenteil, so ist dies eine Lüge und umso trauriger, weil es das Volk büßen muß.

Hätte man damals bei Abschluß des Friedens im Osten uns gesagt wie die Dinge liegen, der Friede wäre vielleicht anders geschlossen worden und wir wären dem allgemeinen Frieden weit näher.

Jeder Mensch muß sagen, daß derjenige, der mit den ihm heute zugewiesenen Lebensmitteln das Auslangen finden soll, verhungern muß, erklärt man aber anderseits, daß wir nicht weiter können und Friede geschlossen werden muß, dann ist man ein Vaterlandsverräter; es ist nur zu begreiflich, wenn in der Bevölkerung der Gedanke Platz greift, daß die Sache laufen mag, wie sie will, bevor man verhungert; trotzdem man sich klar sein muß, wie die Sache mit dem Staate dann werden wird, wenn ein Friede Hals über Kopf geschlossen werden muß, so muß man dennoch die Bevölkerung begreifen und man muß jene in so manchen Gegenden, insbesondere die in Nordböhmen, geradezu bewundern, daß sie die Not so ruhig erträgt und angesichts dieses Umstandes kann man heute schon sagen, daß es nur der Zustand der Not ist, wenn es zu Unwillensäußerungen kommen sollte.

Wir können der Bevölkerung nichts anderes sagen, als daß wir, soweit es im Rahmen der Gemeinde-Vertretung möglich gewesen ist, versucht haben, diesen Umständen entgegenzuwirken; daß es nicht erreicht wurde, ist nicht unsere Schuld, sondern jene der anderen, welche trotz eindringendster Mahnungen nicht gehört haben. Es wäre äußerst zu bedauern, wenn es zu Verzweiflungsausbrüchen kommen sollte, aber sie wären erklärlich, wenn man bedenkt, wie mit der Bevölkerung umgesprungen wurde.

Es nützt alles nichts, auch wenn uns Deutschland in dieser Not zu Hilfe kommt, dann müssen die Deutschen büßen, daß wir so eine schreckliche und schlampige Wirtschaft gehabt haben. Dann müssen es die Deutschen entbehren und es wird fraglich, ob die Siege und Opfer im Westen die erhofften Früchte zeitigen können. Wenn der Krieg weitergehen sollte, bei Fortbestand dieser Verhältnisse, so soll man es nicht Böswilligkeit des Volkes, nicht nationale Verhetzung nennen, sondern der Regierung die Schuld zuschieben, wenn wir in Zustände geraten, wie sie in Rußland herrschten und noch herrschen, wenn alle Bande der Ordnung gesprengt werden und nur noch das Faustrecht herrscht. Es ist nur dann eine Besserung zu erwarten, wenn unsere Staatslenker endlich begreifen und aus der Vergangenheit lernen und dieser Lotterwirtschaft ein Ende machen, wenn Frieden herbeigeführt wird, denn so lange der Krieg dauert, wird auch eine eiserne Hand an diesen Verhältnissen, die schon zu tief eingerissen sind, nichts mehr ändern können.

Wir wünschen, daß der Friede möglichst bald komme, nicht dadurch, daß die Bevölkerung durch Verzweiflungsausbrüche den Schluß erzwingt, aber andererseits wollen wir wenigstens uns über die Stimmung der Bevölkerung nicht täuschen. Unsere Ansicht ist, daß das Ziel des Krieges, die Verteidigung des Vaterlandes, bereits erreicht ist, denn es nützt nichts, wenn die Bevölkerung nicht die Kraft hat auszuhalten und sich späterhin so zu entwickeln, daß sie aus einem günstigen Friedensschlusse einen entsprechenden Segen genießt; wenn die Bevölkerung verhungert und die Jugend degeneriert, wird der schönste Friede nichts nützen, darum soll ehestens das Ende dieses entsetzlichen Krieges herbeigeführt werden.

Herr G.-R. Ing Huber: Meine Herren! Es ist ohne Zweifel begreiflich, daß besonders die Industriellen und die Handels- und Gewerbetreibenden um das Wohl ihrer Familien und weiters um das Wohl ihrer Arbeiter besorgt sind, da sie die Aufgabe haben, ihre Geschäfte aufrecht zu erhalten. Durch die neueste Verkürzung des Brot- und Mehlbezuges tauchen für die Zukunft die bedenklichsten Gefahren auf, die umso bedenklicher werden, als auch andere Lebensmittel, wie Fleisch usw., fast vollständig zu Ende gehen. Es ist daher sehr dankenswert, daß sich sofort nach Bekanntwerden der letzten verfügten Brot- und Mehlkürzung die Stadtgemeinde im Vereine mit der Stadtgemeinde Linz bemüht hat, Abhilfe zu schaffen, besonders aber für Steyr, weil gerade in Steyr die Verhältnisse durch die geographische Lage des Ortes sehr ungünstige sind und daher Steyr eine besondere Berücksichtigung verdienen würde. Die Stadtgemeinde als solche wird von allen Seiten mit allen möglichen behördlichen Maßregeln abgesperrt, während sich die Landbevölkerung doch noch immer leichter etwas beschaffen kann. Uns wird so wenig zugewiesen, daß ein Auskommen damit ganz unmöglich wird. Die Stadtbevölkerung ist daher gezwungen, nicht mit Geld, sondern durch einen Tauschhandel für ihren Haushalt vom Lande sich Lebensmittel einzuheimsen. Was geschieht aber; auf allen Ecken und Enden der Straßen und auf der Bahn ist wie eine Kette eine Reihe von Gendarmen aufgestellt, welche den Leuten die kleinen Mengen an Lebensmitteln, die sie mühsam durch den Tausch der abgesparten Artikel mit landwirtschaftlichen Produkten auf dem Lande eingeheimst haben, wegnehmen. Ich möchte Herrn Bürgermeister fragen, ob die solcher Art beschlagnahmten Sachen in die Lebensmittelstelle der Stadtgemeinde Steyr gelangen oder ob sie wo anders hinwandern, wo sie nicht für den Genuß der Stadtbewohner vorbehalten bleiben, und nicht nach Wien oder sonst wohin kommen. Ich möchte ferner bitten, daß vielleicht dahin gewirkt wird, daß bei den Sammlungen von kleinen Mengen von Lebensmitteln mit Rucksack, auf welchem Weg doch immer etwas in die Stadt kommen kann, diese nicht mehr abgenommen werden. Die Kontrolle solle sich lieber gegen jene Elemente werden, die betrügerischer und preistreiberischer Weise auf dem Lande Aufkäufe machen und unbeanständet große Mengen dem Versorgungsgebiet der Stadt entziehen. Die Aufhebung dieser allzustrengen und die Allgemeinheit schwer schädigenden Kontrolle der kleinen nur für den eigenen Haushalt Nahrung suchenden Käufer der Stadt wäre noch ein Mittel, um die traurigen Zustände wenigstens einigermaßen zu erleichtern; ein anderes Mittel wissen wir nicht.

Herr Bürgermeister: Auf die Anfrage, ob die beschlagnahmten Güter der Stadtgemeinde überwiesen werden, kann ich dahin beantworten, daß für die Stadt nur diejenigen Güter übergeben werden, die in der Stadt selbst beschlagnahmt werden. Eine merkwürdige Erscheinung ist aber, daß unser Bezirk, der im Frieden die Stadt allein mit Butter ausreichend versorgt hat, kein Dekagramm Butter an die Butterzentrale nach Wels liefert. So stark kann die Buttererzeugung nicht zurückgegangen sein; es kann daher nur eine Verschleppung vorliegen oder ein Fehler in der Verteilung.

Herr G.-R. k. k. Prof. Erb: Ich halte dafür, daß das, was Herr G.-R. Ing Huber ausgeführt hat, zu einem zu stellenden Antrag führt oder es möge Herr G.-R. Huber vielleicht selbst diesen Antrag stellen. Es liegt in seinen Worten für die Stadt eine Hoffnung, das Durchhalten zu erleichtern. In Graz wurden unlängst im Gemeinderate ähnliche Debatten über den Rucksackverkehr abgeführt; auch dort wurde dieser Rucksackverkehr durch übertriebene behördliche Maßnahmen verhindert, bis eben der Gemeinderat hierzu eine scharfe Stellung nahm und hat nun merkwürdigerweise, nachdem auch in Wien eine diesbezügliche Vorstellung bei den Regierungsstellen erfolgt ist, die Drangsalierung der kleinen Rucksackleute aufgehört. Entgegengesetzter Weise hat aber in der Umgebung Steyrs in letzter Zeit eine äußerst scharfe Kontrolle eingesetzt und muß man auch hier gegen diese Drangsalierung unserer kleinen Leute Stellung nehmen und ist deshalb ein Beschluß des Gemeinderates unumgänglich notwendig. Es wolle daher der Herr Bürgermeister das Amt beauftragen, sofort an die Statthalterei in Ansehung der außerordentlich bedrohlichen Lage der Bevölkerung Steyrs, insbesondere für die Arbeiterschaft und die

kleinen Leute aus dem Handels- und Gewerbestande, eine dringliche Eingabe zu richten, daß die Kontrolle bezüglich des Rucksackverkehres aufgehoben werde, statt dessen aber eine scharfe Kontrolle des schweren Reisegepäckes einzuführen.

Zur Butterversorgung der Stadt braucht man nur auf die Umgebung der Stadt blicken. In der Nähe und in der weiteren Umgebung Steyrs liegt gegenwärtig außerordentlich viel Militär. In Sierning befinden sich drei Ersatzbatterien der Artillerie und jetzt wird sofort jeder wissen, wohin ein guter Teil dieser Butter kommt. Die Erfahrungen, die am Steyrer Bahnhofe gelegen lich der letzten Kontrolle gemacht wurden, sprechen hiefür die deutlichste Sprache. Es werden Unmengen von Butter zu außerordentlich hohen Preisen zusammengekauft und gehen sodann nach Wien. Weiters ist zu bedenken, daß Oberösterreich 17.000 Flüchtlinge beherbergt, von denen ein großer Teil mit behördlicher Erlaubnis eines Freigepäckes bis 500 kg alle möglichen Lebensmittel aufkauft und verschleppt. Dabei darf ebenfalls laut behördlicher Verfügung das Reisegepäck der Flüchtlinge nicht einmal geöffnet werden. Diese Flüchtlinge zahlen jede Preise und verlangen dann, an ihren Bestimmungsort wieder angelangt, das über den Höchstpreis gezahlte Geld zurück, mit der Drohung, sonst die Anzeige wegen Preistreiberei zu machen.

Es ist also zum Schutze des für die Versorgung der Bevölkerung unumgänglich notwendigen Rucksackverkehres geboten, daß der Gemeinderat den im Sinne der Ausführungen des Herrn G.-R. Huber formulierten Antrag zum Beschlusse erhebe.

Herr Bürgermeister: Ich bringe nun den Antrag der Sektion samt den Zusatzantrag des Herrn G.-R. Huber auf Vorlage einer Eingabe zur Aufhebung der Kontrolle über den Rucksackverkehr zur Abstimmung.

Die beiden Anträge werden vom Gemeinderate einstimmig angenommen.

Herr G.-R. k. k. Prof. Erb: Wir kommen nun zur Fleischfrage.

Diese ist umso bitterer in der traurigen Zeit, wo wir ohnehin mit der Brot- und Mehlverkürzung so furchtbar bedrängt werden. Auch hier hat die Stadtgemeinde in Verbindung mit den Beratungen des städtischen Wirtschaftsrates das Möglichste getan und möchte ich zum Beweise hiefür die Akten sprechen lassen.

Vor mir liegt ein Schreiben der Stadtgemeinde vom 8. Juni an die k. k. Bezirkshauptmannschaft Steyr, welches lautet:

„Die Versorgung der Stadt Steyr mit Fleisch ist neuerdings durch Unregelmäßigkeiten in der Abstellung von Schlachtvieh gefährdet, was bei dem herrschenden Stand der Versorgung mit anderen Lebensmitteln sich besonders drückend fühlbar macht, als selbst die derzeit auf 10 dkg herabgesetzte Fleischkopfquote nicht erfüllt werden kann.

Auch h. a. sind die Schwierigkeiten der Aufbringung bei den stark verminderten Beständen wohl bekannt, aber auch andere Umstände tragen dazu bei, daß die Anlieferung unregelmäßig und in viel zu geringer Menge erfolgt.

Es wird festgestellt, daß in den Landfleischhauereien vielfach Qualitätsvieh zur Schlachtung kommt, was früher nie der Fall war, während nach Stadt Steyr nur untergewichtiges Vieh zur Abstellung gelangt. Zu diesem Gegenstande wurde auch die h. Fleischhauergenossenschaft h. a. um Abstellung ersuchend vorstellig, mit besonderem Hinweise auf die Verhältnisse in Großraming und Reichraming, welche Gemeinden von vornherein jedes bessere Viehstück für den Eigenbedarf reservieren

Es wird daher ersucht, daß nur der leg. Einkäufer Schönauer den Einkauf in diesen beiden Gemeinden besorgt und den Eigenbedarf dieser beiden Gemeinden an die dortigen Fleischhauer zuweist.

Als ein weiterer Grund für die zu geringe Anlieferung wird das passive Verhalten einiger leg. Einkäufer aufzufassen sein, welche sich einfach das Vieh zuweisen lassen, ja sogar bei der Abwage nicht anwesend sein sollen. Von einem eigentlichen Ankauf oder Aufnahme von Schlachtvieh ist vielfach nicht mehr die Rede, sondern es bleibt dem Zufalle überlassen, ob die Gemeinde Vorstehung Vieh zur Ablieferung anweist, bezw. ob der zur Lieferung Aufgeforderte diesem Auftrage nachkommt.

Nur so ist es zu erklären, daß manche Einkäufer mit der ihnen von der k. k Bezirkshauptmannschaft Steyr zur Aufstellung beauftragten Schlachtviehzahl vollständig ausbleiben oder große Rückstände, die niemals nachgeliefert werden, aufweisen.

Gleichzeitig ergeht die Anfrage, ob die k. k. Bezirkshauptmannschaft eine Fleischpreiserhöhung als Folge der Gewichtsabzugsänderung von 15 und 25 kg auf 8% beabsichtigt.

Die Fleischhauergenossenschaft wurde auch in dieser Angelegenheit h. a. dringend bittlich.

Der Bürgermeister: Gschaider m. p."

Darauf lief von der Bezirkshauptmannschaft Steyr folgende Antwort ein:

Zl. 30396. Steyr, am 12. Juni 1918.

An die Stadtgemeinde-Vorstehung in Steyr.

Mit dem Beifügen rückgemittelt, daß die Schwierigkeiten bei der Schlachtviehaufbringung wohl ausnahmslos auf die außerordentlich verminderten Viehbestände zurückzuführen sind.

Was die Schlachtung von Qualitätsvieh in den Landgemeinden anbelangt, so wäre dieselbe nur sehr zu wünschen, da hiedurch an der Stückzahl der Schlachtrinder nicht gespart werden könnte; in Wirklichkeit ist jedoch das Gegenteil der Fall, da die besten Rinder nach Stadt Steyr (Allgemeines Gelächter!) wandern, während das minderwertige Vieh den Landgemeinden verbleibt, was schon darauf zurückzuführen ist, daß die legitimierten Schlachtvieheinkäufer in Stadt Steyr eine wesentlich andere Einkaufsprovision beziehen, als wie von der Viehverwertungs-Gesellschaft für die im Landbezirke abgestellten Schlachtrinder

Speziell in der Gemeinde Reichraming wird mit Rücksicht auf die zahlreiche Arbeiterschaft in dieser Gemeinde und mit Rücksicht darauf, als auch von Reichraming aus die in Stadt Steyr wohnhaften Eisenbahner sonderbarer Weise mit Fleisch versorgt werden müssen, Qualitätsvieh benötigt.

Einkäufer, welche sich um den Ankauf nicht selbst kümmern, ja sogar bei der Abwage nicht anwesend sein sollen, wollen namentlich anher bekanntgegeben werden, um diese Einkäufer entfernen zu können.

Die k. k. Bezirkshauptmannschaft beabsichtigt keineswegs eine Fleischpreiserhöhung infolge der Gewichtsabzugsänderung, da die Fleischhauer mit den dermalen bestehenden Preisen das Auslangen wohl finden können.

Der Amtsleiter: Dr. Neuber m. p

Herr G.-R. k. k. Prof. Erb fährt fort:

Nun kommt das Interessanteste, das ist die Widerlegung dieser von der Bezirkshauptmannschaft Steyr eingelangten Zuschrift, die in dem mit den Fleischhauern der Stadt aufgenommenen Protokolle vom 15. Juni am deutlichsten und aus der folgenden Zusammenstellung der Viehmenge und Güte desselben sich ergibt.

Zl 19457. Protokoll

aufgenommen am 16. Juni 1918 im Auftrage der Stadtgemeinde-Vorstehung Steyr vom 15. Juni 1918.

Gegenstand: ist die Einvernahme der Fleischhauer der Stadt Steyr über die Qualitätsschlächterei bei den Landfleischhauern des Bezirkes Steyr-Land und das passive Verhalten der Schlachtviehaufbringungsorgane beim Einkauf.

Zum Gegenstande führt Herr Obmann der Fleischhauergenossenschaft in Steyr Josef Maderböck im Namen der anwesenden Fleischhauer aus:

Mir ist mit Bestimmtheit bekannt, daß in Reichraming vor zirka 3 Wochen ein Stier mit 900 kg Lebendgewicht geschlachtet wurde, welcher bereits für die Stadt Steyr bestimmt war. Aus den Häuteablieferungen von Großraming ist zu ersehen, daß Fleischhauer Trautmann in Großraming durchwegs schweres Vieh schlägt, was aus den Häutegewichten, welche in Steyr festgestellt werden, hervorgeht. Fleischhauer Trautmann entnimmt aus der Liste der zur Lieferung Beauftragten die besten Stücke, und bestimmt die Eigentümer, ihr Vieh unbedingt nicht zur Lieferung nach Steyr zu bringen.

Bei Fleischhauer Huber in Feld wurden vor zirka 6 Wochen 3 Rinder mit einem Lebendgewichte von über 600 kg per Stück an einem Tage geschlachtet Es kann unmöglich angenommen werden, daß in der Landgemeinde Gleink ein so hoher Bedarf an Fleisch besteht.

Oekonom Simon Rogl in Gründberg beantragte in Steyr eine schwere Kuh zur Ablieferung, während der Vieheinkaufskommissär die Kuh nach Sierning abgeben ließ. Vor acht Tagen wurde von Hutsteiner, Zehentner zu Weinzierl, eine Kuh mit einem Lebendgewichte von zirka 600 kg an Huber in Sierninghofen abgegeben. Obwohl beide oben angeführten Rinder in Steyr zur Abwage gelangten, mußten diese den Weg durch die Stadt Steyr nach Sierning bezw. Sierninghofen nehmen

Von Fleischhauer Kloiber in Kleinraming ist bekannt, daß er nur Qualitätsvieh schlachtet, wovon der größte Teil in Sankt Ulrich unbeschränkt konsumiert wird.

Bei Fleischhauer Diwoki in Garsten wurden vor 8 Tagen eine schwere Kuh vom Winte in der Saaß, zirka 600 kg schwer, und eine schwere Kalbenkuh, zirka 500 kg schwer, von Landsiedl in Christkindl geliefert, geschlachtet. Von Fleischhauer Hüthmayr in Kremsmünster ist ebenfalls bekannt, daß er nur Qualitätsvieh schlachtet

Vom legitimierten Einkäufer Kloiber in Kleinraming ist ebenfalls bekannt, daß die aus Neustift angelieferten Rinder in Sulzbach ohne seinem Beisein gewogen werden und von hier zu seinem Hause in Kleinraming getrieben, wo erst die Einschätzung und Uebernahme erfolgt. Gegen die Schlachtung von besserem Vieh haben wir nichts einzuwenden, wenn diesen Landbetrieben auch leichtere Stücke, so wie den städt. Fleischhauern zugewiesen werden. Unbedingt verwahren müssen wir uns jedoch gegen die ausschließliche Schlachtung von Qualitätsware am Lande, während der städtische Fleischhauer nur Vieh schlechtester Qualität schlachten soll.

Bei der Anlieferung in der Woche nach Stadt Steyr vom 9. bis 15. Juni 1918 wurden 141 Stück mit einem Lebendgewichte von 27.702 kg angewiesen, hievon 1 Stück über 500 kg, 7 Stück über 400 kg, 10 Stück über 300 kg, 32 Stück über 200 kg, 78 Stück über 100 kg und 13 Rinder unter 100 kg.

Damit ist allerdings die aufgetragene Stückzahl nahezu erreicht, hingegen der Bedarf der Stadt bei einer 10 dkg Kopfquote um 4000 kg zu wenig gedeckt.

Die Fleischhauer stehen daher auf dem Standpunkte, daß die noch immer starr eingehaltene Ablieferung nach Stückzahl einen vorzeitigen Aufbrauch der Viehbestände bedeutet und ein schwerer Nachteil für die Konsumenten ist, welcher, wenn nicht schon zu spät, sofort abzubestellen wäre.

Nur durch die Ablieferungsaufträge an die Landgemeinde-Vorstehungen nach Schlachtviehlebendgewichten kann die Erzeugung von Fleisch wieder angeregt werden und ist bei der gleichzeitigen Schonung der Rinderstückzahl die Gewähr vorhanden, daß der notwendigste Bedarf des städt Konsumes annähernd befriedigt werden kann.

Geschlossen und gefertigt:

Josef Maderböck.	Rudolf Kammerhofer.
Alois Notz	Josef Hallemoschnig.
Johann Dopf	Alois Schittengruber.
Fischlmayr.	Johann Friedl.
Johann Mayr.	Lambert Deglsegger.
Josef Hofer.	Josef Steppan.
August Kammerhofer.	Karl Derfler.
Josef Willner.	Ignaz Sedletzky.
Alfred Schopper,	Karl Menschik,
Amtstierarzt der Stadt Steyr.	städt. Sanitätsbeamter.

Wie die Anlieferung der besten Rinder nach Stadt Steyr aussieht, geht aus folgender Zusammenstellung hervor:

In der Berichtswoche vom 9. Juni bis 15. Juni wurden 141 Stück Rinder geliefert und zwar:

1	Stück	über	500	kg
7	„	„	400	„
10	„	„	300	„
32	„	„	200	„
78	„	„	100	„
13	„	unter	100	„

und mit einem Lebendgewicht von 27.702 kg, während der Bedarf 35.000 kg ist.

Ich bitte, diese Schriftstücke sprechen Bände und ich verlange, diese Protokolle und das aufgenommene Protokoll mit den Fleischhauern und die ganze Zusammenstellung dem Gemeinderatsprotokolle einzuverleiben und der Statthalterei zur eigenen besonderen Kenntnisnahme zur Verfügung zu stellen. Wir haben uns durch Wochen auch mit dieser Vieh- und Fleischfrage im Wirtschaftsrate beschäftigt und damals schon so ziemlich die Ursachen erraten und erklärt, daß nur die Sorglosigkeit der Bezirkshauptmannschaft um die Stadtgemeinde Steyr diese Mängel an der Fleischversorgung hervorruft. Man braucht zu den Schriftstücken gar nichts zu sagen, man kann nur staunen über das, was die Bezirkshauptmannschaft uns mitgeteilt hat und über das, was die amtlichen Erhebungen unseres Veterinäramtes an den Tag brachten. Ich glaube nicht zuviel zu sagen, wenn ich meine, daß die Behandlung der Stadt Steyr seitens der Bezirkshauptmannschaft in der Fleischversorgung eine sehr stiefmütterliche ist und wir uns mit allen Mitteln nun zur Wehre setzen müssen. Wir ersuchen daher den Herrn Bürgermeister, so energisch und so rasch als möglich bei der Statthalterei vorstellig zu werden, daß dieser Mißhandlung und Mißachtung der Stadt Steyr durch die verschiedenen staatlichen Amtsorgane endlich ein Ziel gesetzt werde. Wir können nichts dafür, wenn sich die Bevölkerung zu etwas hinreißen lassen könnte, Schuld an solchen möglichen Folgen wären nur diejenigen Faktoren, die die Stadt in so eigenartiger und man möchte sagen beabsichtigter Weise schädigen. Warum wird die so oft verlangte Viehablieferung nach Gewicht nicht durchgeführt?

Herr G.-R. Tribrunner begrüßt den Vorschlag des Herrn Vorredners und macht auf die Umstände der Verschleppung von Fleisch durch einen hiesigen Fleischhauer aufmerksam, welche Manipulationen ebenfalls sehr dazu beitrugen, daß die Stadtbevölkerung zu wenig Fleisch erhalte.

Herr Bürgermeister entgegnet darauf, daß in der angezogenen Angelegenheit bereits die behördlichen Schritte die Manipulationen des betreffenden Fleischhauers lahm gelegt haben.

Herr G.-R. k. k. Prof. Erb: Der Antrag der Sektion zu dieser Fleischfrage lautet: „Der Gemeinderat verwahrt sich entschiedenst gegen die ganz unerhörte Behandlung der Stadt Steyr in der Vieh- und Fleischversorgung. Die Fleischversorgung tritt in Menge und Güte gegen einzelne auffallend bevorzugte Landgemeindeteile und deren Gasthäuser, denen Fleisch in Hülle und Fülle zur Ausgabe unter Duldung der Bezirkshauptmannschaft zugewiesen wird, zurück, während die Stadtgemeinde Steyr sich mit dem minderwertigsten Vieh und dies nur in völlig unzureichender Menge seit langer Zeit trotz aller Einwendungen begnügen muß.

Der Gemeinderat der Stadt Steyr muß ob einer solchen Behandlung seitens der maßgebenden Stellen seiner berechtigten Entrüstung Ausdruck geben und fordert den Bürgermeister auf, hohenorts dagegen schärfstens Stellung zu nehmen."

Ich bitte, diesen Sektionsantrag anzunehmen.

Herr Bürgermeister: Ich bringe den Sektionsantrag zur Abstimmung.

Der Sektionsantrag wird vom Gemeinderate einstimmig angenommen.

Ueber Auftrag des Herrn Vorsitzenden bringt der Schriftführer den Einlauf zur Verlesung:

a) Das Dankschreiben des Herrn Vizebürgermeisters Ferd. Gründler für die ihm anläßlich seiner silbernen Hochzeit entgegengebrachten Glückwünsche des Gemeinderates.

b) Das Dankschreiben des Präsidiums des Frauenhilfsvereines vom „Roten Kreuz" für Steyr und Umgebung für die kostenlose Ueberlassung des Stadttheaters.

c) Das Dankschreiben der Rauchfangkehrer für die bewilligte Kehrtariferhöhung.

d) Das Dankschreiben des Unterstützungsvereines deutscher Hochschüler aus Oberösterreich in Wien für den Förderungsbeitrag von 20 K.

e) Das Dankschreiben des o.-ö. Landeswohltätigkeitsvereines zur Erhaltung der Idiotenanstalt Hartheim für die Spende von 100 K.

Diese Dankschreiben werden zur Kenntnis genommen.

II. Sektion. Referent: Sektionsobmann-Stellvertreter Herr G.-R. Heinrich Bachmayr.

9. Stadtkasse-Tagebuchabschluß pro April 1918.

Z. 182/Bh. Ausweis

über die Einnahmen und Ausgaben der Stadtkasse Steyr im Monate April 1918.

	1918 K	h	1917 K	h	Differenz K	h
Einnahmen im Monate April	104.827	10	98.676	90	+ 6.150	20
Hiezu Kassenrest vom Vormonate	1.848	59	37.381	28	— 35.532	69
Gesamteinnahmen im Monate April	106.675	69	136.058	18	— 29.382	49
Ausgaben im Monate April	99.271	87	119.099	95	— 19.828	08
Kassenrest für den Monat Mai	7.403	82	16.958	23	— 9.554	41
Seit Jahresbeginn bis Ende April betrugen:						
Die Gesamt-Einnahmen	545.125	63	444.061	27	+101.064	36
die Gesamt-Ausgaben	537.721	81	427.103	04	+110.618	77

Stadtbuchhaltung Steyr, am 11. Mai 1918.

Jandaurek m. p. Markut m. p.
Stadtbuchhalter.

Der Ausweis wird zur Kenntnis genommen.

10. Ausweis über die am Frühjahrsmarkte 1918 eingehobenen Platzgebühren.

Ausweis

über die am Frühjahrsmarkte 1918 eingehobenen Platzgebühren und polizeilichen Wachegelder.

Anzahl	Benennung	Platzgebühr	Wachegeld	zusammen
1	Markthütten	K 14.91	K 1·49	K 16·40
72	Offene Stände	„ 351·45	„ 35·15	„ 386·60
2	Geschirrplätze	„ 38·91	„ 3·89	„ 42·80
2	Schankstellen u. Metausschank	„ 62·91	„ 6·29	„ 69·20
13	Schaubuden 2c.	„ 190·18	„ 19.02	„ 209·20
90	Summe	K 658·36	K 65·84	K 724·20

Der Erfolg ist gegenüber dem Vorjahre geringer um 303 K 60 h.

Stadt-Kassaamt Steyr, am 11. Mai 1918.

Damhofer m. p.

Der Ausweis der Stadtbuchhaltung wird zur Kenntnis genommen.

11. Verwendung der Sparkassa-Jubiläumsspenden.

Herr Referent G.-R. Bachmayr: Seitens der Sparkassa Steyr ist folgende Zuschrift hieher gelangt:

Sparkassa in Steyr.

Ad Zl. 1463/B. Steyr, am 17. Mai 1918.

Löbliche Stadtgemeinde-Vorstehung Steyr!

Zufolge Erlasses der k. k. Statthalterei in Linz vom 8. Mai 1918, Zl. 2457/II, hat das k. k. Ministerium des Innern die in der Ausschußsitzung der Sparkassa in Steyr am 17. August 1917 aus Anlaß des 60jährigen Bestandes beschlossenen Widmungen bewilligt.

Ihre Gemeinde partizipiert an zwei solchen Spenden unter Zugrundelegung der Einwohnerzahl, u. zw.:

1. Für die Armen des Sparkassa-Bezirkes Steyr K 5000·—, wovon auf die Stadtgemeinde Steyr entfallen und K 2.040·86
2. für die Humanitätsanstalten des Sparkassa-Bezirkes Steyr K 10.000·—, wovon Ihr Anteil macht. Weiters die Spende für den Bau der Infektionsabteilung des neuen Krankenhauses in Steyr . . . . . „ 4.081·72 „ 10.000·—

somit zusammen . . . . . K 16.122·58

welchen Betrag wir auf Ihr Postsparkassakonto zur Einzahlung bringen.

Die Sektion stellt hiezu folgenden Antrag:

„Der löbliche Gemeinderat beschließe: 1. die von der Sparkassa Steyr anläßlich des 60jährigen Bestandes zugewiesenen K 2040·36 an die Armen Steyrs zu verteilen und 2. die aus dem gleichen Anlasse für die Humanitätsanstalten Steyrs zugewiesenen K 4081·72, und zwar: 1000 K dem Vereine der Schulfreunde für die Suppenanstalt; 1000 K für Schuhbeteilung; 500 K dem Knabenhort; 200 K dem Lehrlingsheim; 200 K der Schülerlade der Staatsoberrealschule; 200 K der Fachschule; 300 K der Schutzanstalt; 200 K der Kleinkinderbewahranstalt; 100 K dem kathol. Lehrlingsheim; 100 K dem Verein für Jugendspiel und Körperpflege und 281 K 72 h dem Gewerbeverein zuzuweisen.

Der Herr Bürgermeister wird mit der Durchführung der Beteilung beauftragt." 14771

Der Sektionsantrag wird einstimmig zum Beschlusse erhoben.

12. Unterstützungsansuchen.

a) Ansuchen des Reservisten-Spar- und Unterstützungsvereines um eine Subvention zu gunsten der Familienangehörigen der im Felde stehenden Mitglieder.

Sektionsantrag: „Der löbliche Gemeinderat bewillige dem vorgenannten Vereine eine Unterstützung von 200 K."

Beschluß nach Antrag. — Zl. 18.406.

b) Ansuchen des Kaninchenzüchtervereines, Sektion Steyr, um eine Unterstützung zur Abhaltung einer Kaninchenschau.

Sektionsantrag: „Der löbliche Gemeinderat bewillige dem Kaninchenzüchterverein für die geplante Ausstellung einen Betrag von 20 K." 18079

Beschluß nach Antrag.

c) Ansuchen des Bezirkshilfsausschusses für die Abgebrannten in Alt-Weitra.

Sektionsantrag: „Der löbliche Gemeinderat bewillige 50 K für geschädigte deutsche Einwohner von Alt-Weitra."

Beschluß nach Antrag. — Zl. 17.010.

d) Ansuchen des Feld-Art.-Reg. Nr. 103 (früher Feld-H.-Reg. Nr. 3) um Unterstützung zur Herausgebung eines Regimentswerkes.

Sektionsantrag: „Der löbliche Gemeinderat bewillige eine Spende von 50 K."

Beschluß nach Antrag. — Zl. 19.236.

e) Ansuchen des Oesterr. Kriegerkorps in Wien um eine Unterstützung.

Sektionsantrag: „Wird mit Rücksicht auf die Unterstützung gleicher heimatlicher Bestrebungen abgewiesen."

Beschluß nach Antrag. — Zl. 18.589.

f) Verbreitung des Huldigungswerkes der Artillerie an Seine Majestät.

Sektionsantrag: „Mangels vorhandener Mittel ist von der Anschaffung abzusehen."

Beschluß nach Antrag. — Zl. 12.961.

g) Ansuchen des k. u. k. Sappeur-Ersatzbataillons Linz 1 um Unterstützung für die Herausgabe eines Kriegsalbums.

Sektionsantrag: „Der löbliche Gemeinderat bewillige für die Kriegsalbum-Aktion des k. u. k. Sappeur-Ersatzbataillons Linz 1 einen Betrag von 100 K."

Beschluß nach Antrag. — Zl. 16.922.

h) Ansuchen des Feld-Art.-Reg. Nr. 3, Ers.-Batterie, Schriftleitung des Kriegsalbums, um Unterstützung zur Herausgabe eines Kriegsalbums.

Sektionsantrag: „Der löbliche Gemeinderat bewillige der Schriftleitung des Kriegsalbums des k. u. k. Feld-Art.-Reg. Nr. 3 einen Betrag von 100 K."

Beschluß nach Antrag. — Zl. 14.924.

i) Ansuchen des Kuratoriums der „Mensa akademica" in Wien um eine Subvention.

Sektionsantrag: „Der löbliche Gemeinderat bewillige eine Unterstützung von 30 K."

Beschluß nach Antrag. — Zl. 11.104.

k) Ansuchen des Bienenzüchtervereines für Steyr und Umgebung um Unterstützung.

Sektionsantrag: „Der löbliche Gemeinderat bewillige dem Bienenzüchterverein wie bisher 20 K."

Beschluß nach Antrag. — Zl. 15.881.

l) Ansuchen des Kriegshilfekomitees für die Deutschen des Küstenlandes.

Sektionsantrag: „Der löbliche Gemeinderat bewillige für die Zwecke der Rückkehr dieser Deutschen in ihre Heimat einen Betrag von 50 K."

m) Seitens des Herrn Bürgermeisters ist der II. Sektion folgender Bericht zugegangen:

„Da der Deutsche Volksrat in Triest das Ansuchen gestellt hat, das seitens des Gemeinderates der Stadt Steyr für die deutsche nautische Schule gewidmete Stipendium von 5000 K auf 10.000 K zu erhöhen, habe ich in der Direktion der Sparkassa Steyr, welche ebenfalls 5000 K für diesen Zweck gewidmet hat, den Antrag gestellt, dieses Stipendium mit dem der Stadtgemeinde zu einem Stipendium der Stadtgemeinde und der Sparkassa in Steyr zusammenzulegen. Der Antrag wurde angenommen und hat die Sparkassa den Betrag von 5000 K bereits der Gemeinde überwiesen.

Ich ersuche daher die II. Sektion, einen diesbezüglichen Antrag im Gemeinderate zu stellen."

Die Sektion stellt nun hiezu folgenden Antrag:

„Der löbliche Gemeinderat beschließe, der Zusammenlegung des Stipendiums der Stadtgemeinde mit jenem der Sparkassa Steyr zu einem „Stipendium der Stadtgemeinde und der Sparkassa in Steyr" im Betrage von 10.000 K zuzustimmen."

Beschluß nach Antrag. — Zl. 17.841.

n) Seitens des Deutschen Volksrates für den Kreis Steyr liegt folgende Eingabe an den Gemeinderat vor:

„Deutschgesinnte Männer und Frauen haben sich zusammengefunden, um den schwer bedrohten deutschen Besitzstand und die Erhaltung deutschen Fortkommens im Kreise Steyr vor der äußersten Gefährdung zu schützen.

Zu diesem Zwecke bildete sich der Deutsche Volksrat für den Kreis Steyr, der vor allem an die deutschen Gemeinden herantritt, seine Bestrebungen mit Rat und Tat zu unterstützen. Wir erlauben uns auf das beiliegende Grundgesetz des Deutschen Volksrates hinzuweisen und auf den Punkt 12 aufmerksam zu machen.

Mit der Bitte, sich nach Kräften an dem Schutze des deutschen Volkes beteiligen zu wollen, bitten wir, uns auch die nötigen Mittel zum Beginne der Arbeit und auch späterhin zu bewilligen."

Der Punkt 12 des Grundgesetzes lautet: „Jede Gemeinde und jeder deutsche Verein des Kreises sollen nach Möglichkeit einen jährlichen deutschen Schutzbeitrag zum Wehrschatz des Deutschen Volksrates leisten. Als Mindestbeitrag ist für die Gemeinden die Einwohnerzahl, für jeden Einwohner 1 Heller, für Vereine die Mitgliederzahl, für jedes Mitglied 2 Heller, als Grundlage zu nehmen. Gemeinden, welche mindestens 200 K oder mehr zahlen, haben das Recht, für je 100 K einen Vertreter in die Bezirksleitung und in die Kreisleitung zu entsenden.

Außer den jährlichen Beiträgen der Gemeinden und Vereine sind auch Einzelpersonen, Gesellschaften und Firmen um jährliche Beiträge und Spenden für den deutschen Wehrschatz, sowie um tatkräftige Förderung des Deutschen Volksrates und um Mitwirkung am Schutze des deutschen Volkes zu ersuchen.

Die Geldgebarung obliegt im allgemeinen dem Hauptausschusse; dieser berichtet hierüber der Kreisleitung. Den einzelnen Leitungen sind den vorhandenen Geldern und dem Bedarfe entsprechend zur Arbeit für den deutschen Schutz die nötigen Mittel gegen Verrechnung an den Hauptausschuß zur Verfügung zu stellen."

Der Sektionsantrag lautet: „Der löbliche Gemeinderat beschließe, dem Deutschen Volksrate für den Kreis Steyr, als Gründungsbeitrag K 1000·— zu widmen und einen jährlichen Beitrag von K 350·— zu leisten."

Beschluß nach Antrag. — Zl. 19.320.

III. Sektion. Referent: Sektionsobmann Herr G.-R. Ing. Josef Huber.

13. Ansuchen um käufliche Ueberlassung von öffentlichen Grund in der Zieglergasse.

Herr Referent G.-R. Ing. Huber: Herr Josef Duffek, Direktor der Oesterr. Waffenfabrik und Hausbesitzer in Steyr, Garstenstraße 3, ersucht zur Arrondierung seines Gartengrundes längs der Zieglergasse um Ueberlassung des anstoßenden Teiles aus der städtischen Grundparzelle 301/1 (unproduktiver Leitengrund) von zirka 70 m² Flächenausmaß gegen dem, daß er sich verpflichtet, längs der Parzellengrenze an der Zieglergasse auf seine Kosten eine betonierte Sockelmauer mit darauf befindlichem Drahtgitter herstellen zu lassen, ferner den auf diesem Grunde befindlichen Nußbaum mit 25 K bar einzulösen und endlich die Kosten der grundbücherlichen Durchführung dieses Grundkaufes zu übernehmen.

Die Sektion stellt hiezu den Antrag: „Der löbliche Gemeinderat beschließe die Ueberlassung des angesuchten Grundteiles, nachdem durch die angebotenen baulichen Arbeiten eine Verbesserung des dermaligen Zustandes geschaffen wird."

Der Sektionsantrag wird einstimmig angenommen. — Zl. 16.162.

14. Ansuchen um Verpachtung von städt. Grund.

Herr Referent G.-R. Ing. Huber: Es liegt vor das Ansuchen der Frau Walpurga Hager, Gärtnerin, deren Besitz Johannesgasse 15 in das Eigentum der Stadtgemeinde übergegangen ist, um Weiterführung der Gärtnerei durch Abschließung eines Pachtvertrages. Die Gesuchstellerin bietet einen Pachtzins von 800 K, welchen dieselbe jedoch nach Einvernahme durch den Herrn Bürgermeister auf 1500 K gegen Vorbehalt einer halbjährigen Kündigung erhöht hat.

Die Sektion stellt hiezu folgenden Antrag: „Der löbliche Gemeinderat beschließe, auf das vorliegende Pachtansuchen der Frau Walpurga Hager in Ennsdorf gegen einen jährlichen Pachtzins von 1500 K und halbjährige Kündigung einzugehen. Der Verkauf des gezogenen Gemüses hat in Steyr zu erfolgen."

Der Sektionsantrag wird vom Gemeinderate angenommen. — Zl. 16.570.

15. Ansuchen um Theater-Ueberlassung.

Herr Referent G.-R. Ing. Huber: Herr Alois Pointner, Buchhändler, ersucht, zur Veranstaltung von Vorlesungen durch den Rezitator Verus Semper um die Ueberlassung des Theaters für Mittwoch den 8. Juli l. J. an und erklärt, daß Verus Semper bereit sei, einen Teil des Erträgnisses als Baustein zum Neubau eines Stadttheaters in Steyr zu widmen.

Die Sektion schlägt vor, diesem Ansuchen zuzustimmen, da durch diese Veranstaltung dem Theaterbauunternehmen eine Beitragsleistung zufließen werde.

Das Ansuchen wird vom Gemeinderate nach Sektionsvorschlag bewilligt. — Zl. 19.353.

16. Kostenvoranschlag für die Auswechslung der schadhaften Eindeckung des Materialschupfens am städt. Zimmerplatze.

Herr Referent G.-R. Ing. Huber: Seitens des städt. Bauamtes liegt uns der Kostenvoranschlag vor, welcher einen Betrag von 2500 K für diese notwendigen Auswechslungsarbeiten ergibt.

Die Sektion stellt den Antrag: „Der löbliche Gemeinderat beschließe die Durchführung der vom Bauamt vorgeschlagenen Adaptierungsarbeit."

Der Sektionsantrag wird vom Gemeinderate angenommen.

IV. Sektion. Referent: Sektionsobmann-Stellvertreter Herr G.-R. Karl Wöhrer. 18520

17. Ansuchen einer mobilisierten Lehrperson um Quartiergeldzuerkennung.

Herr Referent G.-R. Wöhrer: Es liegt vor das Ansuchen des Aushilfslehrers Johann Hauser.

Der Sektionsantrag lautet: „Der Gemeinderat beschließe, es sei dem Aushilfslehrer Johann Hauser auf die weitere Dauer seiner aktiven Militärdienstzeit bis zur Rückbeurlaubung, und zwar längstens bis zur allfälligen Ernennung zum definitiven Lehrer oder bis zur Beförderung zum Leutnant, das auf die vom Landesausschusse bewilligte gnadenweise Remuneration per 600 K entfallende 40%ige Quartiergeld im Betrage von 240 K zu bewilligen."

Der Sektionsantrag wird angenommen.

18. Vergebung der Jahreszinsen aus der Emil Gschaider-Stiftung.

Herr Referent G.-R. Wöhrer: Für die Verleihung dieser Stiftung liegen folgende Sektionsanträge vor:

„I. Der löbliche Gemeinderat beschließe, an die von der k. k. Staatsoberrealschule vorgeschlagenen 20 Schüler je 20 K aus der Emil Gschaider-Stiftung zu verleihen, und zwar:

1. Klasse: Felix Brandner und Johann Witwer.
2. Klasse: Franz Heger und Max Pilat.
3. Klasse: Karl Angerbauer, Josef Lebel und Willibald Wagner.
4. Klasse: Franz Anderl, Karl Entinger, Adolf Fuchs, Rudolf Gammer, Johann Hammer und Hubert Zobl.
5. Klasse: Josef Bruckner, Hugo Feine, Franz Pernegger, Johann Pernegger, Ludwig Seil und Josef Unter.
6. Klasse: Johann Unter.

II. Der löbliche Gemeinderat wolle beschließen, an die von der k. k. Fachschule und Versuchsanstalt vorgeschlagenen 12 Schüler je 20 K aus der Emil Gschaider-Stiftung zu verleihen, und zwar:

1. Jahrgang: Franz Hofstätter, Ant. Hufnagl und Karl Böck.
2. Jahrgang: Franz Gaßner, Josef Bichler, Arnold Hübler, Franz Lang und Heinrich Fuchs.
3. Jahrgang: Franz Bamer, Johann Fürthaler, Ludwig Zauner und Franz Schwarz.

Die beiden Sektionsanträge werden vom Gemeinderate angenommen. 11519

Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist, frägt Herr Bürgermeister, ob sonstige Anträge oder Anfragen gestellt zu werden wünschen.

Herr G.-R. Kattner ersucht, den bereits längst bewilligten Wasserbehälter am Friedhofe in Stand zu setzen und wird vom Herrn Bürgermeister die weitere Veranlassung zugesagt.

Herr G.-R. Mitter ersucht um eine Bauherstellung in der Neustraße und wird die Behandlung derselben für die nächste Baurapportsitzung vorbehalten.

Herr G.-R. Wöhrer ersucht, den Göpplberg bei der Apotheke fahrbar zu machen, welcher Wunsch ebenfalls der Bausektion zur Veranlassung überwiesen wird.

Herr G.-R. Mitter frägt an, ob die im Zuge befindliche Umpflasterung der Straßen auf alleinige Kosten der Gemeinde geht, worauf Herr Bürgermeister bemerkt, daß zwecks Beitragsleistung der Waffenfabrik zu den Kosten dieser Umpflasterungen eine bezügliche Zuschrift an dieselbe gerichtet werden wird. Vorerst müsse jedoch eine Zusammenstellung der Schäden, welche durch die Befahrung der Straßen durch die schweren Lastautos der Waffenfabrik entstanden, vorliegen, deren Ausarbeitung bereits in Auftrag gegeben ist.

Herr Bürgermeister macht schließlich die vertrauliche Mitteilung, daß eine Zuschrift des Landeswirtschaftsamtes eingelangt sei, zufolge welcher gewissermaßen als Entschädigung für die Brot- und Mehlkürzung eine Zubuße in Hafergrieß zugesichert wurde. Es wird jedoch ersucht, vorläufig diese Mitteilung nicht in der Bevölkerung zu verbreiten, da die Bevölkerung sonst die Lebensmittelstellen überlaufe.

Sohin schließt der Herr Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung um 5/46 Uhr abends.

Der Vorsitzende:

Die Verifikatoren:

Der Schriftführer:

I. Sitzung
Anhang zum Ratsprotokolle vom 18. Juni 1918 3/4 6 h abends.

Vertraulicher Teil

Herr G.R. kk Prof. Erb übernimmt zu Punkt I. Amtsangelegenheiten die Berichterstattung und führt aus:

I. Seitens des Herrn Ing. Carl Reithoffer ist der Stadtgemeinde Vorstehung ein Schreiben vom 23. Mai l.J. zugegangen, worin der Antrag gestellt wird, aus Sicherheitsgründen die Einstellung eines Polizeihundes in die Wege zu leiten und zur Aufbringung der hiefür ziemlich bedeutenden Kosten, welche sich besonders durch die Bestellung eines eigenen Polizeihundeführers ergeben würden, eine ähnliche Aktion ins Leben zu rufen, wie sie vom Herrn Bürgermeister aus Anlass eines Theaterneubaues durchgeführt wurde. Die Sektion verkennt durchaus nicht die Vorteile und Nützlichkeit, die die Einstellung eines gut geschulten Polizeihundes der öffentlichen Sicherheit zu bieten vermag, glaubt jedoch durch vorerst einzuleitende Umfragen bei jenen Stadtgemeinden, die bereits einen Polizeihund besitzen, sich die nötigen Informationen einholen zu sollen, bevor dem Gemeinderate ein fester Sektionsantrag gestellt werden solle, und stellt daher die Sektion den Antrag die Angelegenheit für eine spätere Gemeinderats-Sitzung zu vertagen, bis ein entsprechender auf eingeholte Auskünfte gegründeter bestimmter Antrag im Gemeinderate gestellt werden könne.
Beschluss nach Antrag.

II. Bürgerrechtsverleihungen.
Ansuchen des Ferdinand Schmid, 1853 in Groß-Schönau, N. Oe., seit 1888 in der Waffenfabrik als Schlosser beschäftigt, seit 1901 nah Steyr zuständig u. seit 25 Jahren bei der Waffenfabriksfeuerwehr um Bürgerrechtsverleihung.
Sektionsantrag:
Auf Verleihung des Bürgerrechtes gegen eine Taxe von 30 K.
Beschluss nach Antrag.

III. Aufnahmen in den Gemeindeverband:
In den Gemeindeverband der l.f. Stadt Steyr werden folgende Parteien, welche die gesetzlichen Bedingnisse nach §§ 2, 3 des Gesetzes vom 5. Dezember 1896 R.G.Bl. N° 222 erfüllt haben aufgenommen:

Mathias Straberger
Eichenauer Georg samt Frau und 7 Kindern
Fries Isidor samt Frau und 1 Kind
Götsch Johann
König Emerich v. Paumbohensen und 1 Kind
Schober Marie
Reichl Florian samt Frau
Netzberger Johann
Kastasch Carl samt Frau 1 Kind
Rosinger Josef samt Frau und 7 Kindern
Mieszkiewicz Friedrich samt Frau und 6 Kindern

Beschluss nach Antrag.

Herr Bürgermeister stellt an die Herren Gemeinderäte das Ersuchen die Gemeinderats-Protokolle anlässlich der Verifikation derselben, so bald als möglich durchzulesen u. zu fertigen, damit die Drucklegung nicht zu lange aufgehalten werde.

Nachdem weitere Anträge und Anfragen nicht vorliegen, schließt der Herr Vorsitzende um ½ 7 abends die vertrauliche Sitzung.

Der Vorsitzende:
Die Verifikatoren:
Der Schriftführer: